

Bachelor-Thesis:

Wie olivgrün sind die Grünen wirklich?

–

Wie sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda von
Bündnis 90/Die Grünen seit Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022
verändert hat

Vorgelegt von:

Laurence Jost

HF: Soziologie

NF: Politikwissenschaft

Frankfurt am Main, den 21.08.2023

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	3
1.1 FORSCHUNGSPROBLEM	3
2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN	5
2.1 FORSCHUNGSSTAND.....	5
2.2 THEORIEINTEGRATION: DIE POLITISCHE KULTUR DER GRÜNEN	6
3. METHODIK.....	12
3.1 LÄNGSSCHNITTDESIGN	12
3.2 AUSWAHL DES MATERIALS	14
3.3 QUALITATIVE INHALTSANALYSE NACH MAYRING	18
3.4 <i>Ableitung und Überblick des Kategoriensystems.....</i>	<i>22</i>
4. FORSCHUNGSERGEBNISSE.....	23
4.1 <i>Kategorie eins: harte Sicherheitspolitik.....</i>	<i>23</i>
4.2 <i>Kategorie zwei: Friedenspolitik.....</i>	<i>24</i>
4.3 <i>Kategorie drei: Pazifismusdimensionen.....</i>	<i>26</i>
4.4 <i>Kategorie vier: Einstellung zur Bundeswehr</i>	<i>27</i>
5. DISKUSSION	28
5.1 ERGEBNIS DER ANALYSE.....	28
5.1.1 <i>Erster Erhebungszeitraum – vor Beginn des Ukraine-Krieges 2022</i>	<i>28</i>
5.1.2 <i>Zweiter Erhebungszeitraum – nach Beginn des Ukraine-Krieges 2022.....</i>	<i>36</i>
5.1.3 <i>Zweiter Erhebungszeitraum – Transitionsmomente.....</i>	<i>42</i>
5.1.4 <i>Gesamtvergleich.....</i>	<i>47</i>
5.2 ABLEITUNG VON SCHLUSSFOLGERUNGEN	50
6. FAZIT.....	54
LITERATURVERZEICHNIS.....	57
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS:	62

Anmerkungen:

Unter *den Grünen* bzw. *der Grünen Politik* wird jeweils die entsprechende deutsche Partei verstanden, der Lesbarkeit halber habe ich teils die Kurzform gewählt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bis auf wenige Ausnahmen auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

1. Einleitung

1.1 Forschungsproblem

Dass der Ukraine-Krieg zu einem Umdenken in der deutschen Bevölkerung geführt hat, ist allgemein bekannt. Auch die Sphäre der Politik ist von dieser Entwicklung nicht verschont geblieben: Wie sich in den jüngsten Entscheidungen des Deutschen Bundestags abzeichnet, hat sich die parteipolitische Agenda der Regierungsfractionen durch den Ukraine-Krieg deutlich verändert. Dies gilt für Debatten über Waffenlieferungen an die Ukraine gleichermaßen wie für welche über Budget und Ausrüstung für die deutsche Bundeswehr. Viele der Positionen, die jüngst im Bundestag eingenommen wurden, wären wahrscheinlich letztes Jahr noch undenkbar gewesen.

Besonders an dieser Entwicklung ist, dass sich innerhalb der regierenden Bundestagsfraktionen ein intensiver Meinungswandel im Verlauf des Ukraine-Konflikts abzeichnete (Feldkirchen, 2022). Auf der Agenda der Grünen zum Beispiel war das Thema der Verteidigung traditionsgemäß in der Vergangenheit nie zentral – im Schwerpunkt stand es sogar konträr zur Grünen politischen Agenda. Im Laufe des Ukraine-Krieges zeichnete sich allerdings eine Entwicklung ab, die darauf schließen lässt, dass sich der Standpunkt der Grünen bezüglich der Verteidigung deutlich verändert haben könnte. Anfangs den Waffenlieferungen noch skeptisch gegenübergestellt, entstand zunehmend die Bereitschaft, der Ukraine Waffensysteme zur Verfügung zu stellen. Insbesondere Habeck und Baerbock tragen diese Entwicklung. Dass die Grünen im Grundsatz auch bislang nicht hundertprozentig pazifistisch eingestellt waren, zeigte sich schon beim von ihnen mitbewilligten Einsatz der Bundeswehr im Kosovo, jedoch bildet das Militär und insbesondere der Einsatz des deutschen Militärs ein hochkontroverses Thema innerhalb der Grünen Partei. Insbesondere in Anbetracht der Legitimitätsgrundlage und der Intensität solcher Einsätze der Bundeswehr wäre es in der Vergangenheit für die Grünen immer wieder schwierig gewesen, eine einheitliche politische Linie für Deutschland zu finden. Diese ambivalente Haltung und Uneinigheiten innerhalb der Fraktion der Grünen zeichnen sich auch in Anbetracht der Waffenlieferungen an die Ukraine und ihrer anderweitigen Unterstützung ab. Die nach außen getragene Einigkeit der Grünen wirkt demnach nicht als für die komplette Fraktion der Grünen repräsentativ (Feldkirchen, 2022).

Dass die politische Agenda der Grünen zum Thema der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik von einer hohen Divergenz geprägt ist, wird durch die obenstehenden Beispiele deutlich. Gleichmaßen ist dem Spiegelartikel von Herrn Feldkirchen zu entnehmen, dass sich der Ansatz der Grünen im Zuge des Krieges verändert hat.

Die vorliegende Arbeit füllt eine Forschungslücke, da es bisher nur begrenzte Untersuchungen zur Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausrichtung der Grünen seit dem Ukraine-Krieg 2022 gibt. Die politische Bedeutung dieser Partei und ihre breite Unterstützung in Deutschland machen ihre sicherheitspolitischen Positionen für die öffentliche Meinungsbildung relevant (Klärner & Osigus, 2021). Genau durch diese Feststellung ergibt sich die wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz meiner Forschungsarbeit. Die Hypothese ist, dass die außenpolitischen Umstände durch den Ukraine-Krieg einen direkten Einfluss auf die Agenda der Grünen hatten. Um die Forschungsfrage zu beantworten, werde ich eine qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring durchführen und meine Kategorien deduktiv aus meinem theoretischen Rahmen bilden, der auf der politischen Kultur der Grünen basiert. Die Gliederung meiner Arbeit sieht folgendermaßen aus: In der Einleitung (Kapitel 1) erläutere ich die Forschungsfrage, sowie die wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz. Im Kapitel 2 stelle ich die theoretischen Grundlagen vor, inklusive des bisherigen Standes der Forschung und meines theoretischen Rahmens. Die Methodik wird in Kapitel 3 erläutert, wobei ich mein Forschungsdesign, die Auswahl des Materials und die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring vorstelle. In Kapitel 4 werden die Kategorien zur Messung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderung der Grünen festgelegt und erläutert. Kapitel 5 befasst sich mit der Diskussion und präsentiert die Ergebnisse der Untersuchung in Bezug auf die zwei Erhebungszeiträume, Transitionsmomente und einen Gesamtvergleich der grünen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im Fazit (Kapitel 6) werden schließlich die Ergebnisse zur Beantwortung der Forschungsfrage dargelegt. Mit dieser Struktur und der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring wird die Arbeit dazu beitragen, das Verständnis der sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausrichtung der Grünen nach dem Ukraine-Krieg zu erweitern und relevante Informationen für die öffentliche Debatte über Sicherheitsfragen zu liefern.

Ausgehend von diesen Feststellungen lautet die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit:

„Wie hat sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda von Bündnis 90/Die Grünen seit Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 verändert?“

2. Theoretische Grundlagen

2.1 Forschungsstand

Eine Ablehnung struktureller Gewalt als außenpolitisches Mittel ist laut Herrn Steffen Schmuck-Soldan bei den Grünen grundsätzlich nicht gegeben. Solange diese in humanitär und menschenrechtlich vertretbare Kontexte eingebettet ist, sei der Einsatz von außenpolitischer Gewalt vertretbar. Die Nutzung militärischer Mittel zur Erhaltung von Frieden und Gewaltfreiheit bildete somit für die Grünen bereits in den 1990er-Jahren ein vertretbares Vorgehen. Das Ziel der militärischen Einsätze, zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien, müsse jedoch immer mit dem Frieden einhergehen. Gewalt sei demnach ein legitimes Mittel, um ‚Gewaltfreiheit‘ zu erzeugen (Schmuck-Soldan, 2003).

Der zweckgebundene Einsatz von Gewalt in Form von militärischen Mitteln erschien somit im Zuge der Kosovo-Krise für die Grünen legitimierbar. Die Ambivalenz in der Perspektive auf militärische Einsätze und Militär zeigte sich besonders intensiv in den frühen 1990er-Jahren. Trotzdem zeichnete sich eine Ablehnung von Gewalt und militärischen Interventionen in der Grünen Grundausrichtung ab. Das Gleiche gilt für die militärische Zusammenarbeit mit Bündnispartnern; diese Ablehnung schien jedoch bei gewissen außenpolitischen Umständen zu weichen (Schmuck-Soldan, 2003). Laut Schmuck-Soldan zeichnet es sich einheitlich ab, dass die Grünen in ihrer Grundausrichtung jegliche Form des militärischen Handelns nach Möglichkeit verhindern wollen (Schmuck-Soldan, 2003).

Inwieweit dieser sicherheitspolitische Kontext Aufschluss über die tatsächliche Einstellung der Partei Bündnis 90/Die Grünen zur Institution der Bundeswehr und zur sicherheitspolitischen Ausrichtung der Grünen insgesamt gibt, kann den bisher durchgeführten Untersuchungen nicht entnommen werden. Ebenso wurden die innerparteilichen Vorgänge während der widerwilligen Zustimmung zu Bundeswehreinsätzen seitens der Grünen noch nicht genau untersucht. Insbesondere aufgrund dieses Hintergrundes erscheint eine genauere Analyse der Einstellung der Grünen zur Bundeswehr und ihrer eigenen sicherheitspolitischen Agenda unerlässlich.

2.2 Theorieintegration: die politische Kultur der Grünen

Zur Durchführung einer stichhaltigen qualitativen Inhaltsanalyse in der Art, die vorliegend gewählt wurde, bedarf es eines fundierten theoretischen Rahmens. Dieser sollte bei der deduktiven Bildung von Kategorien und Unterkategorien helfen. Auf Basis des theoretischen Rahmens sollten die zu untersuchenden Aspekte und Dimensionen, die für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant sind, definiert und dem vom Autor begründet ausgewählten Material entnommen werden. Um die Forschungsfrage

„Wie hat sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda von Bündnis 90/Die Grünen seit Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 verändert?“

zu beantworten, wurde entschieden, die politische Kultur von Bündnis 90/Die Grünen im theoretischen Rahmen der Arbeit zu definieren. Der Aspekt ist relevant, da die politische Kultur der Grünen einen Bezug zu ihren politischen Einstellungen und Werten aufweist. Die Einstellung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber auch zur Friedenspolitik soll auf der entsprechenden Basis kontextualisiert und in eine politische Traditionslinie der Grünen eingeordnet werden. Ziele und Perspektiven der Grünen sollen im Hinblick auf ihre politische Kultur definiert werden, was einen Vergleich der politischen Kultur und der aktuellen sicherheitspolitischen Agenda oder Einstellung zur Bundeswehr im Zuge des Ukraine-Krieges ermöglichen soll.

Insbesondere das unterliegende Stimmungsbild und die tatsächliche Meinung bzw. das Verhältnis zur Bundeswehr bzw. zu anderen sicherheitspolitischen Aspekten bei den Grünen sollen somit lokalisiert werden. Einstellungen und Werte der Grünen werden vergangenheitsbezogen betrachtet, wobei Veränderungen sowie Entwicklungen in den theoretischen Rahmen miteinbezogen werden. Die Berücksichtigung politischer Entscheidungen sowie Positionen ist dabei unausweichlich. Um die politische Kultur von Bündnis 90/Die Grünen zu definieren, werden bestimmte Entscheidungen und Begebenheiten der Vergangenheit präsentiert, die einen sicherheits- oder verteidigungspolitischen Aspekt innehaben. Zur Definition der politischen Kultur der Grünen dienen folgende Fragen:

- Wie stehen Bündnis 90/Die Grünen militärischen Interventionen in Konflikten gegenüber?

- Wie stehen Bündnis 90/Die Grünen Waffenexporten gegenüber?
- Wie bewerten Bündnis 90/Die Grünen die Rolle der Bundeswehr im Allgemeinen, aber auch im Auslandseinsatz?
- Wie wichtig ist für Bündnis 90/Die Grünen zivile Krisenprävention im Vergleich zu militärischer Abschreckung?
- Aus welchen Aspekten setzt sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda von Bündnis 90/Die Grünen zusammen?
- Wie stehen Bündnis 90/Die Grünen internationalen Militärabkommen gegenüber?

Durch die Untersuchung der politischen Kultur von Bündnis 90/Die Grünen soll aufgezeigt werden, welche politischen Einstellungen und Werte die Positionen der Partei in Bezug auf Sicherheitsfragen und das Verhältnis zur Bundeswehr beeinflussen.

Der Politikwissenschaftler Christian Otto untersuchte in seinem Werk „Die Grünen und der Pazifismus“ (2011) die politischen Paradigmen der Grünen und wie sich diese im Zeitverlauf entwickelten. Er definiert in seinem Werk drei Pazifismus-Dimensionen, anhand deren er die (sicherheits-)politische Agenda der Grünen untersucht. Vorliegend wird der Schwerpunkt auf die letzten beiden Dimensionen gerichtet:

1. Radikalpazifismus: Mit dem Radikalpazifismus wird jede Form der Gewalt abgelehnt, auch strukturelle Gewalt. Auf einen gewaltsamen Angriff darf hier nicht mit einer Form der Gegengewalt reagiert werden (Otto, 2011):
2. Mittelpazifismus: Im Mittelpazifismus wird physische Gewalt nicht als Lösung angesehen, sondern eine gewaltfreie/gewaltarme Antwort auf Gewalt vorgeschlagen. Es darf hierbei mit struktureller Gegengewalt, zum Beispiel zivilem Ungehorsam (sozialer Verteidigung), auf Gewalt geantwortet werden (Otto, 2011).
3. Zweckpazifismus: Hierbei findet die Konstruktion einer Friedenskonzeption statt, die Krieg verhindern soll. Der Einsatz von Gewalt zum Erreichen von Frieden ist demnach legitim. Das Ziel dieser Konzeption bildet es, die Gewalt als Institution abzulösen, jedoch wird das Militär als Maßnahme anerkannt und es kann eingesetzt werden, um einen Friedenszustand zu verteidigen oder um präventiv gegen eine Konfliktsituation vorzugehen (Otto, 2011).

Dem Werk zufolge verfolgten die Grünen in ihrer bisherigen Vergangenheit eine deutliche mittelpazifistische Ausrichtung. Er betrachtet in seinem Werk „Die Grünen und der Pazifismus“ (2011) die Entwicklung der Grünen politischen Ausrichtung im Kontext der 1990er-Jahre und des Konflikts zwischen Jugoslawien sowie dem Kosovo. Innerhalb der Grünen Politik sei der Pazifismus im Allgemeinen bereits als Gründungsgedanke verankert (Otto, 2011). Die Basis dieses politischen Paradigmas bestehe in der These, dass auf militärische Angriffe nur mit gewaltarmen Mittel reagiert werden dürfe (Otto, 2011). Demnach sollte Deutschland erheblich an militärischem Potential abschaffen, insbesondere in Bezug auf Atomwaffen. Ferner richtet sich die Grüne Kritik gegen die deutschen militärischen Bündnispartner, unter anderem die NATO. Der Weg, den die Grünen als adäquate Antwort auf gewaltsames politisches Handeln identifiziert haben, besteht in der sozialen Verteidigung. Hierbei wird mit zivilem Ungehorsam gegen militärische oder staatliche Gewalt vorgegangen. Der angestrebte Friedenszustand ist demnach normativ aufgeladen und darauf ausgerichtet, ein bestimmtes Verständnis für die Ursachen von Gewalt zu etablieren (Otto, 2011). Nach der Grünen Doktrin müssten die im kalten Krieg bestehenden militärischen Blöcke (NATO & Warschauer-Pakt) aufgelöst werden und somit die Ursachen für kriegerische Auseinandersetzungen beseitigt werden. Gegenseitige Ausbeutung und Ungleichheit seien demnach die Gründe für Konfliktpotential auf der Welt. Die Durchsetzung von Menschenrechten dürfe nach dem Grünen nicht mit militärischen Mittel erfolgen, vielmehr sollte eine zivile Konfliktbearbeitung angestrebt werden. Nicht militärisches Handeln sei demnach der Hebel, mit dem die Grünen dem Kosovo-Konflikt entgegenwirken wollten. Entsprechende Instrumente, insbesondere welche, die wirtschaftlichen Druck ausüben, seien den Grünen zufolge effektiver als militärische Alternativen.

Im selben Zuge forderten die Grünen die Abschaffung der Bundeswehr und die allgemeine Abrüstung (Otto, 2011). Damit sollte eine Änderung der UN-Charta einhergehen, die Gewaltinitiativen in Auslandseinsätzen zur Stabilisierung ausschließt. Das Wahrprogramm von 1994 beinhaltet ebenso klare mittelpazifistische Spuren. Besonders wurde betont, dass eine nicht militärische Lösung zur internationalen Konfliktlösung herbeigeführt werden sollte; die Abschaffung der NATO und der Bundeswehr und das Ende der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen wurden ebenfalls gefordert (Otto, 2011). Im Wahlprogramm von 1998 spiegeln sich ähnliche Schwerpunkte wider: Zur Konfliktbekämpfung und -verhinderung wurde ein Präventivhandeln durch eine Verbesserung und den

Schutz der Lebensumstände angestrebt, genauso wie eine Entmilitarisierung Deutschlands und der deutschen Politik.

Im Zuge der 1990er-Jahre kam es zu einem Paradigmenwechsel der Grünen Einstellung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Bei seiner Betrachtung muss der außenpolitische Kontext, aus dem heraus die Grünen handeln mussten, inkludiert werden. Der neuartige außenpolitische Kontext, den das offizielle Ende des Kalten Krieges hervorbrachte, und die neuen außenpolitischen Herausforderungen des Jugoslawien-Krieges lösten bei den Grünen ambivalente Haltungen bzw. Unsicherheit bezüglich des korrekten Umgangs mit den neuen Umständen aus (Otto, 2011). In Anbetracht des sich in Europa abspielenden ethisch-rassistischen Krieges, in dem Menschenrechte grundlegend missachtet wurden und der mit zahlreichen Kriegsverbrechen einherging, waren die Grünen zum Handeln gezwungen (Otto, 2011). Die Frage, ob und wie eine militärische Intervention die Situation im Balkan entspannen oder schlimmeres Übel verhindern könnte, kam auch in dieser politischen Gruppierung auf. Die Gesamtsituation führte sogar so weit, dass die Mehrheit der Grünen bei einer innerparteilichen Abstimmung des Länderrates in Bonn 1994 einen Blauhelmeinsatz als legitim erachtete (Otto, 2011). Die Schwere der Geschehnisse im Balkan führte demnach zu einer innerparteilichen Ambivalenz in Bezug auf den korrekten Umgang. Der Mittelpazifismus geriet in den Fokus der Kritik und wurde als unrealistisch bezeichnet (Otto, 2011). Manche Mitglieder der Grünen zweifelten daran, ob der Mittelpazifismus geeignet sei, die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu handhaben. Bereits im Wahlprogramm von 1998 spiegelt sich diese Ambivalenz wider. Darin können die ersten zweckpazifistischen Züge der Grünen identifiziert werden: Bundeswehreinätze in Form von UN-Peacekeeping-Missionen werden darin als plausibel eingestuft. Bezüglich der Intervention im Kosovo 1999 stimmte schließlich die Mehrheit der Grünen auf dem Vorrats-Kriegsbeschluss für einen Bundeswehreinatz, was einen innerparteilichen Konflikt auf der Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz zum Kosovo-Einsatz hervorrief.

Im Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 2002 ist erkenntlich, dass die absolute Gewaltfreiheit kein Grundsatz Grüner Politik mehr war. Das Programm kann als klarer Ausdruck der Grünen Werteorientierung gewertet werden. Der Gewalteinatz wurde demnach für das Wahren einer weltweiten Rechtsordnung neu als legitim erachtet (Otto, 2011). Entsprechende Einstellungen sind deutlich im zweckpazifistischen Bereich einzuordnen.

Auch Ludger Volmer beschreibt die Grüne Beziehung zur Außenpolitik als höchst ambivalent (Volmer, 1998), wobei er die Möglichkeit einer Transition der Grünen Einstellung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik identifiziert (Volmer, 1998). Die Grüne Anfangszeit sei laut ihm durch radikal pazifistische Einstellungen geprägt gewesen, wobei die Auflösung der Bundeswehr und damit die vollständige Entwaffnung Deutschlands als Ziel galten (Volmer, 1998). Die politisch in großen Teilen als links einzuordnenden Gründungsmitglieder der Grünen (Wienges, 2009) verdeutlichten diese Haltung in ihrem 1981 veröffentlichten Friedensmanifest, in dem alle genannten Punkte verschriftlicht wurden (Volmer, 1998). Damit ging eine anti-westliche Grundattitüde einher, aus der heraus die USA und die NATO zum Feindbild deklariert wurden.

Volmer erklärt, wie sich die pazifistische Einstellung der Grünen in einem innerparteilichen Wertekonflikt vom Mittel- oder Radikalpazifismus hin zum Zweckpazifismus entwickelt hat. Auch er bezieht sich auf die Geschehnisse im Balkan, während der 1990er-Jahre und hebt hervor, dass selbst aus den eigenen Reihen der Grünen deutliche Kritik am Mittelpazifismus geübt wurde. Im Angesicht des Schreckens, der durch den Krieg in Europa ausgelöst wurde, forderten viele Grüne Politiker eine militärische Intervention (Volmer, 1998). Die Debatte um das Ausmaß und die Art der militärischen Intervention spaltete die Partei zunehmend: Während manche ein mittelpazifistisches Vorgehen weiterhin unterstützten und zivile Krisenbekämpfungsmaßnahmen bevorzugten, nahm ein anderer Teil der Partei eine klare Position für den Einsatz militärischer Elemente zur Sicherung der Friedensmission im Balkan ein (Volmer, 1998). Als geeignetstes Mittel ordnete die Grüne Mehrheit wirtschaftliche Sanktionen, ein mittelpazifistisches Instrument, ein (Volmer, 1998). Die zur Intervention genutzten Mittel sollten nach den Grünen einen Konflikt-Überwachungscharakter nach polizeilichem Vorbild innehaben, der an die UNO gegliedert sein sollte. Die Grünen lehnten somit in letzter Konsequenz einen militärischen Einsatz ab und forderten eine Umrüstung des Militärs zur internationalen Katastrophenhilfe (Volmer, 1998).

Als sich der Konflikt im Balkan jedoch zuspitzte, intensivierte sich auch die Spaltung der Grünen. Aus der eigenen Partei heraus wurde die Forderung nach einem neuen und überarbeiteten Gesamtdesign grüner Sicherheitspolitik stärker. Als Ziel sollte es gelten, die Grüne Außenpolitik durch einen Transformationsprozess der Praktikabilität zu führen. Nach genauerer Betrachtung der Lage im Balkan sollte es keine Alternative zu Blauhelm-

Einsätzen geben. Getreu dem Motto ‚Wer nichts tut, macht sich mitschuldig‘ (Volmer, 1998) verbreitete sich innerhalb der Grünen der Vorwurf, gegenüber dem Mittelpazifismus handlungsunfähig zu sein. Anhand dieser Entwicklung belegt Volmer einen politischen Paradigmenwechsel innerhalb eines Teils der Grünen.

Andere Parteimitglieder blieben den radikal- und zweckpazifistischen Wurzeln der Grünen Anfänge treu. Diese Untergruppe zeichnete sich durch eine Grundsatzablehnung von NATO-Einsätzen und der Beteiligung der Bundeswehr an solchen aus (Volmer, 1998). Themen wie Rüstungsexporte, Abrüstung, die Abschaffung der Wehrpflicht, der Verzicht auf eine Umstrukturierung der Bundeswehr zur Einsatzarmee und eine allgemeine Reduzierung der Bundeswehrkräfte standen für diese Sektion der Grünen im Vordergrund. Zivile Konfliktregulierungsmaßnahmen wie die OSZE und die UNO sollten demnach stärker gefördert werden. Letztendlich wurden zwei verschiedene innerparteiliche Weltbilder deutlich: Ein Anteil der Partei bekannte sich dazu, dass im Notfall auch Gewalt zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden dürfe. Dieser bezog sich darauf, dass andernfalls eine Mitschuld entstünde und bezog sich auf die Befreiung von Auschwitz die auch nur durch eine Armee gelungen sei (Volmer, 1998). Damit legitimierten Vertreter des Ansatzes eine Abwendung von den radikal- und mittelpazifistischen Wurzeln der Grünen. Die andere Gruppe beharrte auf der mittelpazifistischen Einstellung, militärische Mechanismen müssten durch zivilgesellschaftliche Ordnungsmaßnahmen ersetzt werden. Sie bezog eine klare Stellung zu anderen sicherheitspolitischen Agendapunkten sowie eine Kontraposition gegenüber der Bundeswehr, internationalen Bündnissen und Rüstungsexporten (Volmer, 1998).

Es wird deutlich, dass die Grünen sicherheitspolitische Agenda Transitionen zulässt. Die Paradigmentransition vollzieht sich im Schwerpunkt zwischen einer mittel- und einer zweckpazifistischen Ausrichtung. Es wird deutlich, dass bestimmte außenpolitische Ereignisse den Mittelpazifismus wirkungslos werden lassen können. Die Grünen verfolgen den mittelpazifistischen Ansatz dennoch so lange wie möglich, da die Bundeswehr und militärische Interventionen im Allgemeinen keine Priorität der Grünen sicherheitspolitischen Agenda bilden. Ein Verhältnis zur Bundeswehr war in der Gründungsphase der Grünen kaum bis gar nicht vorhanden. Die Notwendigkeit von Streitkräften wurde erst im Zuge der 1990er-Jahre deutlich. Nach dem Jugoslawienkrieg und der Kosovo-Krise Ende der 1990er-Jahre entwickelte sich eine zweckgebundene Duldung der Bundeswehr in

einer Sektion der Grünen, die deutliche zweckpazifistische Züge annahm. Je nach außenpolitischer Situation werden seitdem friedens- oder sicherheitspolitische Aspekte seitens der Grünen priorisiert, wobei die Friedenspolitik in der politischen Kultur der Grünen weiterhin eine prägende Rolle einnimmt. Klare Haltungen gegen die Rüstung in jedweder Form, ob im internationalen Handel oder in Form der Aufrüstung der Bundeswehr, sind konstant in der Grünen Friedenspolitik. Ein besonderes Element der Grünen Friedenspolitik bildet der Antimilitarismus. Den Schwerpunkt des sicherheitspolitischen Handelns sollen demnach zivile Organisationen ausmachen, nicht militärische. Die Agenda der Grünen Sicherheitspolitik setzt sich im Schwerpunkt aus verschiedenen anderen (nicht militärischen) Aspekten zusammen. Wie erwähnt bewegen sich jedoch auch die Grünen nicht in einem friedenspolitischen Vakuum: Auch sie werden, besonders wenn sie an der Regierung beteiligt sind, von außenpolitischen Konflikten sowie Krisen beeinflusst. Diese Tatsache hat die Grünen dazu bewegt, über komplexe sicherheitspolitische Felder zu entscheiden und diese notwendigerweise in die eigene politische Kultur zu integrieren. Dennoch ist es auffällig, dass die Grünen selbst während riskanter sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse versuchen, nach Möglichkeit nicht vom Mittelpazifismus abzuweichen.

Auf der in diesem Unterkapitel erfassten historischen Basis soll im Weiteren die politische Kultur von Bündnis 90/Die Grünen anhand der Literatur definiert werden. Wie im Kapitel zu den theoretischen Grundlagen (Kapitel 2.) erläutert soll darauf aufbauend ein deduktives Kategoriensystem zur Analyse des Forschungsthemas dienen.

3. Methodik

3.1 Längsschnittdesign

Im folgenden Kapitel gebe ich einen Überblick über die Methodik meiner Forschungsarbeit und erläutere die Gütekriterien Transparenz, Intersubjektivität und Reichweite. Dabei werde ich das Forschungsdesign, die Materialauswahl, die Methode und das methodische Vorgehen beschreiben.

Um ein Längsschnittdesign bezogen auf die Forschungsfrage durchzuführen, bedurfte es der Auswahl einer konkreten Stichprobe (De Vaus, 2001). Entscheidend bei einem

Längsschnittdesign ist die wiederholte Datenerhebung, mit der vorliegend eine mögliche Veränderung der sicherheitspolitischen Agenda im Laufe der Zeit gemessen werden sollte, um kausale Zusammenhänge festzustellen (DeVaus, 2001). Es sollten Merkmale wie Aufrüstung, Waffenexporte, die Bundeswehr und internationale militärische Zusammenarbeit erfasst sowie verglichen werden. Die wiederholte Datenerhebung mit der Gegenwart als Vergleichsbasis wird ab dem Zeitpunkt des Kriegsbeginns 2022 erfolgen, somit wurde die sicherheitspolitische Agenda in Abhängigkeit der vergangenheitsbezogenen erfassten Merkmale eingeordnet.

Mit dieser Gestaltungsweise wurde es ermöglicht, die sicherheitspolitischen Ziele zu vergleichen – auch unter Einbezug der Vergangenheit (des Kriegsausbruchs). Dabei wurden die möglichen Einflussfaktoren, d. h. die identifizierten Merkmale, die im Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Agenda stehen, mitberücksichtigt. Die Entwicklung der sicherheitspolitischen Agenda sollte somit in Abhängigkeit der Merkmale untersucht werden, um mögliche kausale Zusammenhänge zu identifizieren. In dieser Forschungsarbeit wird von der Hypothese ausgegangen, dass der Ausbruch des Ukraine-Krieges einen direkten kausalen Zusammenhang mit einer Veränderung der sicherheitspolitischen Agenda der Grünen hat.

Im Folgenden wird diese Annahme anhand einiger möglicherweise verantwortlicher intervenierender Variablen erläutert. Ebenso kann die internationale Zusammenarbeit Deutschlands, unter anderem durch die Einbettung in internationale Verträge, als intervenierende Variable fungieren. Der Ausbruch des Ukraine-Krieges könnte die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Grünen und anderen Parteien oder Organisationen auf internationaler Ebene beeinflusst haben. Eine Abstimmung mit anderen Akteuren oder eine gemeinsame Strategiebildung könnten das Resultat sein. Externe politische Rahmenbedingungen wie Entscheidungen anderer Regierungen, internationale Abkommen oder sicherheitspolitische Entwicklungen in anderen Ländern bzw. in Europa können demnach ebenfalls eine Rolle spielen. Die Reaktion anderer politischer Akteure auf den Ukraine-Krieg könnte die Grünen dazu veranlasst haben, ihre sicherheitspolitische Agenda anzupassen, um sich auf neue Gegebenheiten einzustellen. Im Rahmen dieser Forschungsarbeit gilt es diesen direkten kausalen Zusammenhang zu verifizieren oder zu falsifizieren und die intervenierenden Variablen, die für ihn verantwortlich sind, in einer Analyse zu lokalisieren.

Neben den indirekten Wirkungszusammenhängen, die sich ebenfalls auf die abhängige Variable auswirken, konnte mit der Forschungsfrage eine Reihe von alternativen Ursachen oder weiteren Ursachen (Drittvariablen) bestimmt werden. Als eine Drittvariable kann eine alternative Erklärung dienen (Drittvariable Z) – aber nur, wenn diese simultan (im Vorhinein) zur unabhängigen Variable die abhängige Variable beeinflusst und somit den kausalen Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variable verfälscht oder infrage stellt (Diekmann, 2013). Auf das vorliegende Forschungsvorhaben bezogen gilt es die Regierungsbeteiligung des Bündnisses 90/Der Grünen als Einfluss auf eine veränderte politische Agenda zu betrachten. Um die Wirkung von Drittvariablen bei der Durchführung des vorliegenden Längsschnittdesigns auszuschließen, musste das Material bei Beginn der Studie auf seine zu untersuchenden Merkmale geprüft werden. Die identifizierten Merkmale wurden als Kontrollvariablen in der statistischen Auswertung berücksichtigt. Durch den beschriebenen Prozess sollte der Einfluss der Faktoren auf die abhängige Variable kontrolliert werden, um die spezifische Wirkung der unabhängigen Variable zu isolieren. Als Vorteil des Längsschnittdesigns wurde hierbei die Fähigkeit erwartet, Veränderungen der sicherheitspolitischen Agenda im Zeitverlauf zu betrachten (DeVaus, 2001). Damit geht es einher, dass mögliche langfristige Veränderungen in der sicherheitspolitischen Ausrichtung der Grünen und ihre spezifischen Auswirkungen auf die Einstellung zur Bundeswehr erhoben werden können sollten. Auch die individuelle Entwicklung bestimmter Stichproben oder Kohorten sollte auf längere Sicht betrachtet untersucht werden können, wobei eine Relevanz für weiterführende Forschungsprojekte erwartet wurde. Als weiterer Nebeneffekt und Vorteil wurde erwartet, dass es das Design ermöglicht, andere relevante Faktoren über den Zeitverlauf zu beobachten (DeVaus, 2001).

3.2 Auswahl des Materials

Um die Forschungsfrage zu beantworten, bedurfte es der Auswahl von stichhaltigem und für die Untersuchung geeignetem Forschungsmaterial (Mayring, 2015). Zunächst wurde das Forschungsziel geklärt. Damit ging es einher, bestimmte Aspekte festzulegen, die bei der Analyse des Materials beachtet werden sollten. Zu ihrem Bestimmen hat der Autor den Fokus der Untersuchung definiert und die nachfolgenden relevanten Kriterien für die Auswahl des Materials festgelegt.

- Relevanz für die Forschungsfrage: Das Material soll direkt mit der Forschungsfrage und dem Untersuchungsgegenstand zusammenhängen. Es muss sich auf die politische Rubrik *Sicherheit, Frieden, Abrüstung* vor und seit Ausbruch des Ukraine-Krieges beziehen sowie Einblick in deren Veränderung liefern.
- Politische Bedeutung: Das Material soll eine direkte Verbindung zu politischen Entscheidungen oder politischen Haltungen aufweisen. Es sollte Informationen liefern, die für politische Akteure von Interesse sind und Einfluss auf ihre Entscheidungsprozesse nehmen könnten.
- Qualität und Glaubwürdigkeit: Das ausgewählte Material muss aus offiziellen Aufzeichnungen oder Dokumenten der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stammen.
- Aktualität: Das Material muss einen aktuellen Bezug aufweisen, um die Veränderungen seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges angemessen abzubilden.
- Vielfalt der Perspektiven: Das Material soll eine Vielfalt von politischen Positionen, Expertenmeinungen und öffentlichen Stellungnahmen umfassen, um verschiedene Perspektiven auf die sicherheitspolitische Agenda der Grünen zu berücksichtigen.
- Verfügbarkeit und Zugänglichkeit: Das Material soll öffentlich verfügbar sein, zum Beispiel in Form aufgezeichneter Bundestagsreden oder parteipolitischer Stellungnahmen.

Der Autor versuchte, die Materialbasis möglichst breit und repräsentativ auszurichten (Mayring, 2010). Die eigens aufgestellten Kriterien hat er sodann auf das identifizierte Material angewendet. Auf dieser Basis entschied er, welche Quellen am besten geeignet sein würden, um die Forschungsfrage zu beantworten und die Hypothese zu überprüfen. Das ausgewählte Material stammt ausschließlich aus dem Archiv der Partei Bündnis 90/Die Grünen und ist der Öffentlichkeit über deren Website zugänglich. Es wurden vorliegend ausschließlich Quellen verwendet, die der Rubrik ‚*Frieden, Sicherheit und Abrüstung*‘ entsprechen, um einen relevanten Zusammenhang zu den Themen Sicherheits- und Verteidigungspolitik herzuleiten. Die ausgewählten Quellen stehen jeweils im Zusammenhang mit getroffenen politischen Entscheidungen oder zukünftigen Schritten, die durch die Debatte beeinflusst werden könnten beziehungsweise die teilweise sogar Einfluss auf eine bevorstehende Wahl nehmen könnten. Um die Vielfalt der Perspektiven bestmöglich abzubilden und die Grüne sicherheitspolitische Agenda tiefgehend zu erfassen, wurden mehrere Abgeordneten und Textdokumente der Partei Bündnis 90/Die Grünen zur

Untersuchung herangezogen. Ebenfalls wurden Quellen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen im Allgemeinen benötigt, in denen eine Agenda oder eine Einstellung zu verteidigungs- und sicherheitspolitischen Themen vertreten wird, um für das Forschungsvorhaben nützliche Informationen abzuleiten. Der Grund dafür ist, dass die Quellen thematisch zum Untersuchungsspektrum passen müssen. Demnach und um ein eindeutiges Bild der Einstellung gegenüber der Bundeswehr zu konstruieren, hat der Autor auf Bundestagsreden und Dokumente zu sicherheitspolitischen Themen wie Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Rüstung und Waffenexporten zugegriffen.

Im Schwerpunkt standen zwei Erhebungszeiträume: Zum einen sollten Daten aus Bundestagsreden und parteipolitischen Programmen vor Ausbruch des Ukraine-Krieges erhoben werden, zum anderen Informationen zum Stand seit Beginn des Ukraine-Krieges. Die genauen Zeitpunkte wurden anhand der Relevanz der Informationen und ihrer Verfügbarkeit festgelegt. So hat der Autor auf Bundestagsreden und sicherheitspolitische Stellungnahmen der Jahre 2019–2023 und Parteiprogramme der Jahre 2021 sowie 2022 zurückgegriffen. Das Material bezieht sich zur Gänze auf sicherheitspolitische Themen und ist damit thematisch vergleichbar mit den durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Debatten oder ein Teil dieser.

Die mit dem beschriebenen strukturierten Vorgehen ausgewählten Quellen umfassen 15 Textquellen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Agenda der Grünen vor Ausbruch des Ukraine-Krieges sowie zwölf zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Agenda der Grünen nach Ausbruch des Ukraine-Krieges. Die 15 Quellen zum Stand vor dem Ukraine-Krieg können wie folgt kategorisiert werden:

- Zwölf offizielle Bundestagsreden von Abgeordneten der Grünen zur Rubrik *„Sicherheit, Frieden und Abrüstung“* aus dem Zeitraum 08.11.2018–10.06.2021
- Ein sicherheitspolitisches Statement zum Thema *„Alternativer Rüstungsexportbericht“* von MdB Agnieszka Brugger vom 16.12.2021
- Ein parteipolitisches Programm vom 06.10.2020 mit dem Thema *„Abrüsten! Waffen unter Kontrolle bringen“*
- Ein parteipolitisches Programm vom 11.02.2021 zum Thema *„Frieden fördern – Vorrang für Zivil!“*

Es folgen die zwölf Quellen, die bereits nach Ausbruch des Ukraine-Krieges entstanden sind:

- Acht offizielle Bundestagsreden von Abgeordneten der Grünen zur Rubrik *„Sicherheit, Frieden und Abrüstung“* aus dem Zeitraum 27.01.2022–31.03.2023
- Eine offizielle sicherheitspolitische Pressemitteilung zum Thema *„Verteidigungsfähigkeit“* von Leon Eckert und Dr. Irene Mihalic vom 04.03.2022
- Eine offizielle sicherheitspolitische Pressemitteilung zum Thema *„Auftakt der Debatte um die Nationale Sicherheitsstrategie“* von Sara Nanni und Jürgen Trittin vom 18.03.2022
- Eine offizielle sicherheitspolitische Pressemitteilung zum Thema *„Sicherheitspolitik: ‚Strategischer Kompass‘“* von Sara Nanni und Jürgen Trittin vom 21.03.2022
- Ein parteipolitisches Programm vom 11.07.2022 zum Thema *„Grün Regiert!“*

Die Quantität der Quellen, die in den beiden Erhebungszeiträumen für die Analyse herangezogen wurden, wurde anhand des Schwerpunkts der Verfügbarkeit von Informationen zum jeweiligen Erhebungszeitraum bestimmt, wobei auch der Umfang und die sicherheitspolitische Relevanz der Quellen berücksichtigt wurden. Beispielsweise erfolgte im zweiten Erhebungszeitraum eine Beschränkung auf die Gegenwart. Die Tatsache, dass nicht alles, was in einer Bundestagsrede vorkommt, für die vorliegenden Untersuchungen relevant ist, trifft auf beide Erhebungszeiträume zu. Viele der getätigten Aussagen sind zum Beispiel gegen eine andere Fraktion gerichtet oder als Legitimierung für den*die Wähler*in zu verstehen, nicht auf den Punkt genaue stichhaltige Aussagen zum Thema der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Da sich die Grüne Partei mit Ausbruch des Ukraine-Krieges verstärkt mit der nationalen Sicherheitsstrategie auseinandergesetzt hat, konnte der Autor für diesen Erhebungszeitraum relevante Pressemitteilungen selektieren, die inhaltlich fast zur Gänze zum gegebenen Thema passen. Demgegenüber steht der erste Ermittlungszeitraum, auf den das nicht zutrifft. Um die Unterschiede in den Informationen hier zu kompensieren, wurden aus dem ersten Ermittlungszeitraum unter anderem vier Bundestagsreden zum Thema *„Sicherheit, Frieden, Abrüstung“* inkludiert.

3.3 Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

In dieser Arbeit soll festgestellt werden, wie sich die sicherheitspolitische Agenda der Grünen seit Ausbruch des Ukraine-Krieges verändert hat. Dafür wird unter anderem untersucht, wie sich die Einstellung von Bündnis 90/Die Grünen gegenüber Themen wie Waffenexporten, Rüstungspolitik, internationalen Militärbündnissen oder der Bundeswehr verändert hat. Wie die Fragestellung konkret analysiert wird, wird in Unterkapitel 2.5 (Methodisches Vorgehen) erläutert. Grundsätzlich wird das Prinzip der qualitativen Inhaltsanalyse von Philip Mayring befolgt (Mayring, 2010), weshalb das aktuelle Unterkapitel der Vorstellung und der Erläuterung dieser Methodik sowie ihren prägenden Merkmalen gewidmet wird. Die Auswertung der Ergebnisse wird in Kapitel 3 vorgenommen. Das Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring besteht darin, „eine Methodik systematischer Interpretation zu entwickeln, die an den in jeder Inhaltsanalyse notwendigen enthaltenen qualitativen Bestandteilen ansetzt [sowie] sie durch Analyseschritte und Analyseregeln systematisiert und überprüfbar macht“ (Mayring, 2015, S. 50).

Das zu untersuchende Material wird stets in seinem Kommunikationszusammenhang, d. h. innerhalb des eigenen Kontextes, interpretiert. Dabei liegt das Hauptaugenmerk darauf, die Entstehung und die Wirkung des Materials zu untersuchen, was als ein Vorteil der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring gilt (Mayring, 2015). Besonders, da es sich bei den vorliegend genutzten Quellen primär um Textquellen handelt, die auf ihren Inhalt und die ihm unterliegende Bedeutung geprüft werden sollen, erscheint diese Methode überdurchschnittlich gut geeignet. Mit ihr sollen Aussagen und Inhalte verschiedener Bundestagsreden sowie parteipolitischer Stellungnahmen auf den jeweiligen Kontext und den Entstehungszusammenhang untersucht werden. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal des Verfahrens nach Mayring bildet das systematische Vorgehen.

„Systematik heißt dabei vor allem: Orientierung an vorab festgelegten Regeln der Textanalyse. [...] Die Festlegung eines konkreten Ablaufmodells der Analyse ist dabei am zentralsten. Die Inhaltsanalyse ist kein Standardinstrument, das immer gleich aussieht; sie muss an den konkreten Gegenstand, das Material, angepasst sein und auf die spezifische Fragestellung hin konstruiert werden.“ (Mayring, 2015, S. 50-51)

Ein anderer Forscher sollte demnach die Ergebnisse der Untersuchung nachvollziehen können, da jeder Analyseschritt auf einer begründeten Regel beruht (Mayring, 2015). Das bei dieser Methode signifikante Kategoriensystem ermöglicht dies. Darin werden die Ziele

der Analyse spezifiziert, es dient als ein zentrales Instrument der Untersuchung. Durch das Kategoriensystem können die einzelnen Schritte systematisiert und nachvollziehbar gemacht werden (Mayring, 2015).

Bevor die Analyse beginnt, müssen das Material und die Fragestellung bestimmt werden. So muss festgelegt werden, welches Material für das Forschungsvorhaben geeignet ist bzw. diesem zugrunde liegen soll. Im Anschluss daran muss die entsprechende Entstehungssituation analysiert werden. Festzustellen gilt es, von wem und unter welchen Bedingungen das Material produziert wurde. Außerdem werden die formalen Charakteristika des Materials in die Analyse einbezogen (Mayring, 2015).

Um die Fragestellung der Analyse auszuarbeiten, muss bestimmt werden, was dem vorliegenden Material entnommen werden soll. Dadurch wird die Richtung der Forschung vorgegeben (Mayring, 2015). Für diese Arbeit dienen die politische Kultur der Grünen und die Art, wie sich diese durch den Ukraine-Krieg verändert hat, als Richtung der Analyse. Die Fragestellung und die Analyse sollten zur Gänze theoriegeleitet entwickelt werden, denn das regel- und theoriegeleitete Vorgehen charakterisiert die Inhaltsanalyse nach Mayring (Mayring, 2015): Die gesamte Inhaltsanalyse sollte auf diesen beiden Prinzipien beruhen. Letzteres zeigt sich dadurch, dass „die Analyse einer präzisen theoretisch begründeten inhaltlichen Fragestellung folgt“ (Mayring, 2015, S. 59).

„Das bedeutet nun konkret, dass die Fragestellung der Analyse vorab genau geklärt sein muss [sowie] theoretisch an die bisherige Forschung über den Gegenstand angebunden und in aller Regel in Unterfragestellungen differenziert werden muss.“ (Mayring, 2015, S. 60)

Nachfolgend werden alle qualitativen Techniken vorgestellt, die Mayring für die Inhaltsanalyse identifiziert. Das Prinzip der Regelgeleitetheit wird im übernächsten Absatz zur strukturierten Inhaltsanalyse erläutert. Mayring unterscheidet zwischen drei Formen des Interpretierens, durch die sich jeweils unterschiedliche Ziele für die Analyse ergeben:

1. Zusammenfassung: Das Material soll so reduziert werden, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben und durch Abstraktion ein Corpus erschaffen werden kann.
2. Explikation: Einzelne fragliche Textteile sollen verständlicher gemacht bzw. erklärt werden, indem weiteres Material herausgesucht wird.

3. Strukturierung: Bestimmte Aspekte sollen dem Material mithilfe eines vorher festgelegten Ordnungs-/Kategoriensystems entnommen werden (Mayring, 2015, S. 67)

In dieser Forschungsarbeit soll untersucht werden, wie sich die sicherheitspolitische Agenda der Grünen im Hinblick auf die Einstellung zur Bundeswehr verändert hat. Demnach bietet sich für dieses Forschungsvorhaben die Methode der Strukturierung am ehesten an. Sie geht mit einer deduktiven Kategorienbildung und -anwendung einher. Mayring führt sie wie folgt aus:

„Diese wohl zentralste inhaltsanalytische Technik hat zum Ziel, eine bestimmte Struktur aus dem Material herauszufiltern. Diese Struktur wird in Form eines Kategoriensystems an das Material herangetragen. Alle Textbestandteile, die durch die Kategorien angesprochen werden, werden dann aus dem Material systematisch extrahiert.“ (Mayring, 2015, S. 97)

Das Verfahren der Strukturierung läuft wie im Folgenden erläutert ab. Der erste Schritt besteht in der theoretischen Begründung von Strukturierungsdimensionen, die sich aus der Fragestellung ergeben. Die Strukturierungsdimensionen können in weiteren Ausprägungen näher differenziert werden. Das für die Analyse notwendige Kategoriensystem ergibt sich schließlich aus den Ausprägungen der Dimensionen und den Dimensionen selbst. Im nächsten Schritt werden die Regeln für die Zuordnung der Kategorien festgelegt. Das muss geschehen, bevor ein Materialbestandteil einer Kategorie zugeordnet werden kann (Mayring, 2015). Mayring schlägt dafür folgendes Verfahren in drei Schritten vor:

1. Die Kategorien werden definiert.
2. Es werden Ankerbeispiele ausgesucht: Konkrete Textstellen werden genannt, die als Beispiele für die entsprechende Kategorie gelten sollen.
3. Es werden Kodierregeln aufgestellt: An den Stellen, an denen die Abgrenzung zwischen einzelnen Kategorien nicht klar genug ist, müssen Regeln formuliert werden, um die Textstellen eindeutig zuordnen zu können (Mayring, 2015, S. 97).

Um die Stichhaltigkeit der Kategorien sicherzustellen, sollen Definitionen, Ankerbeispiele und Kodierregeln bereits bei der ersten Durchsicht des Materials eine eindeutige Zuordnung erlauben. Die Kategorien werden im nächsten Schritt darauf überprüft, ob sie gut

anwendbar sind. Das Kennzeichnen von Text- und Fundstellen soll hierbei helfen. Je nach Ziel der Strukturierung werden Text- und Fundstellen anschließend bearbeitet und herausgeschrieben (Mayring, 2010). Nach den ersten Durchläufen sollen die Kategorien erneut kontrolliert werden. Falls Unstimmigkeiten aufkommen oder sich Kategorien als nicht geeignet herausstellen, gilt es das Kategoriensystem gegebenenfalls zu überarbeiten, um schließlich den Hauptdurchlauf durchführen zu können.

Mayring nimmt eine weitere Unterscheidung in vier verschiedene Analyseformen vor, die jeweils auf eigene Ziele ausgerichtet sind, da das beschriebene Verfahren der Strukturierung zu allgemein formuliert ist:

- Die formale Strukturierung dient dazu, die innere Struktur des Materials zu erkennen.
- Die inhaltliche Strukturierung ist dafür bestimmt, Material zu bestimmten Themen zusammenfassen.
- Mit der typisierenden Strukturierung wird angestrebt, einzelne markante Ausprägungen im Material im Detail zu beschreiben.
- Die skalierende Strukturierung weist das Ziel auf, bestimmte Ausprägungen mit Skalenpunkten zu definieren (Mayring, 2015, S.99).

In Abhängigkeit davon, welche Analyseform für das Forschungsvorhaben gewählt wird, unterscheiden sich die Schritte zwei und acht des Schaubildes (Ablaufmodell 1.), die anderen bleiben gleich. Dies gilt, denn die anderen Schritte bilden nach Mayring die „Kernstücke einer jeden strukturierten Inhaltsanalyse“ (Mayring, 2015).

In dieser Arbeit wird die inhaltliche Strukturierung angewendet, da das Material auf bestimmte Inhalte/Aspekte hin, in diesem Fall Aspekte der sicherheitspolitischen Agenda der Grünen, untersucht und zusammengefasst werden soll. Um die Analyse durchzuführen, wurden auf Basis des theoretischen Rahmens theoriegeleitete Kategorien und Unterkategorien entwickelt. Mithilfe dieser Kategorien wurde das Material bearbeitet und interpretiert. Der letzte Schritt bestand im Zuordnen der extrahierten Textstellen zu den (Unter-)Kategorien. Dies geschah, indem die extrahierten Textstellen paraphrasiert wurden, bevor sie den Kategorien zugewiesen wurden.

Im nachfolgenden Schaubild wird verdeutlicht, wie bei der strukturierten Inhaltsanalyse im Allgemeinen vorgegangen wird:



Ablaufmodell 1. der strukturierenden Inhaltsanalyse nach Mayring (Mayring, 2015, S. 98)

3.4 Ableitung und Überblick des Kategoriensystems

Die Forschungsfrage, die für die Analyse als richtungsweisend gilt, lautet:

„Wie hat sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda von Bündnis 90/Die Grünen seit Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 verändert?“

Die Fragestellung verweist auf einen bestimmten Untersuchungsgegenstand. Wie von Mayring vorgesehen wird mit ihr darauf abgezielt, einen bestimmten Inhalt dem vorhandenen Material zu entnehmen (Mayring, 2015). Das ambivalente Verhältnis zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der Außen- bzw. Sicherheitspolitik ist ein Phänomen, das sich bereits einmal in der deutschen Geschichte herauskristallisierte: Dazu kam es im Rahmen des Jugoslawien- und Kosovo-Konflikts der 1990er-Jahre, als die Grünen ein

Regierungsmitglied waren (Otto, 2011). Wie im Kapitel zur Integration des theoretischen Rahmens beschrieben (Kapitel 2.2) wurde deduktiv ein Kategoriensystem gebildet. Dieses Kategoriensystem soll einen Vergleich der politischen Kultur der Grünen mit ihren aktuellen politischen Entscheidungen und Vorgehensweisen ermöglichen. Die politische Kultur der Grünen mit den Schwerpunkten sicherheitspolitischer, verteidigungspolitischer und außenpolitischer Themen dient vorliegend als theoretischer Anknüpfungspunkt.

Das Kategoriensystem, das der Autor deduktiv auf Basis des theoretischen Rahmens gebildet hat, enthält vier Hauptkategorien. Diese werden jeweils in mehrere Unterkategorien aufgeteilt, um die Dimensionen der deduktiv erhaltenen Hauptkategorien aufzuzeigen und das Material anhand dieser in der Tiefe zu untersuchen. Es gilt, die für die Anwendung notwendigen Kodierregeln zu erläutern und Ankerbeispiele ausfindig zu machen. Im Folgenden werden diese Beispiele dargelegt.

4. Forschungsergebnisse

4.1 Kategorie eins: harte Sicherheitspolitik

Codiert wurden hier Situationen, in denen sich Mitglieder der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufgrund bestimmter außenpolitischer Umstände für militärische Lösungen oder Lösungen mit Querbezügen zu diesen ausgesprochen haben.

„Legitime Militäraktionen“ wurde in Fällen codiert, in denen der Einsatz von militärischen Mitteln den Grünen zufolge unumgänglich sei und der Verzicht auf ihn im Vergleich mehr negative Konsequenzen hätte. Eine „positive Einstellung zu internationalen Militärbündnissen“ wurde codiert, wenn die Grünen gegenüber gemeinsamen Rüstungsbeschaffungen oder Exporten sowie gemeinsamen militärischen Vorhaben eine positive Haltung einnahmen. „Aufrüstung“ wurde zum Beispiel bei einer Budgeterhöhung für die Bundeswehr oder bei mehr Material bzw. Personal für diese codiert. „Legitime Rüstungsexporte“ wurden codiert, falls ein Fall vorlag, in dem nach den Grünen die Notwendigkeit bestand, deutsche Waffen oder Munition ins Ausland zu schicken.

Indikatoren für die Legitimität einer Aktion sind unter anderem ein zustimmender Ton, deklarierte Erfolge, eine Streit-/Debattenbeteiligung bezüglich eines Themas, erfreuliche Entwicklungen, Lösungskonzepte, optimistische Einschätzungen und die Darstellung der Notwendigkeit.

Codier-Schema & Beispiele:

- Legitime Militäraktionen:
„Wir brauchen also die Bundeswehr nicht nur für internationale Missionen wie im Sahel und anderswo. Wir brauchen sie auch für Landesverteidigung, für Abschreckung.“ (Trittin, 2023b, o. A.)
- Positive Einstellung zu internationalen Militärbündnissen:
„Wir begrüßen es, dass die EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam mit dem Strategischen Kompass ein neues sicherheitspolitisches Grundlagendokument erstellt haben, das auch dieser strategischen Realität Rechnung trägt.“ (Trittin & Nanni, 2022a, o. A.)
- Aufrüstung:
„Wir sind uns einig – das ist ja auch das Besondere in diesem Moment: das waren wir uns noch nie bei solchen verteidigungs- und rüstungspolitischen Fragen; jetzt sind wir uns einig, das ist gut –, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen müssen, auch für die Sicherheit bzw. die Bundeswehr.“ (Baerbock, 2022a, o. A.)
- Legitime Rüstungsexporte:
„Und ich weiß: Die Menschen hier im Lande sind gespalten, auch über die Lieferung der Panzer. Ich selber bin überzeugt davon: Ohne sie wird die Ukraine Putin nicht stoppen können.“ (Trittin, 2023a, o. A.)

4.2 Kategorie zwei: Friedenspolitik

In dieser Kategorie wurden alle Aussagen codiert, mit denen die Grünen angesichts eines bestimmten außenpolitischen Umstands oder Konflikts antimilitaristische, diplomatische, zivile oder pazifistische Lösungsansätze als am geeignetsten eingeordnet haben.

„Andere sicherheitspolitische Priorität“ wurde in Fällen codiert, in denen die Grünen militärische Faktoren aus ihrer sicherheitspolitischen Agenda ausklammerten und anstatt dieser Aspekte wie Klimaschutz, Diplomatie oder wirtschaftliche Beziehungen in den Vordergrund stellten. „Negative Einstellung zu internationalen Militärbündnissen“ wurde in Fällen codiert, in denen die Grünen in Zusammenarbeit mit NATO- oder EU-Bündnispartnern eine Verschärfung eines Konfliktes prognostiziert haben. „Abrüstung“ wurde codiert, wenn die Grünen der Meinung waren, die Bundeswehr müsse verkleinert, zum Katastrophenschutz reorganisiert oder sogar aufgelöst werden. „Gegner von Rüstungsexporten“ wurde codiert, wenn die Grünen im Bundestag für eine stärkere Rüstungsexportkontrolle, das Einstellen von internationalen Rüstungsexporten der Bundesrepublik Deutschland oder generelle internationale Rüstungskontrolle plädierten.

Indikatoren für friedenspolitische Ansätze, mit denen auf den Einsatz von Militär verzichtet wird, sind ein ablehnender Ton gegenüber Rüstungsexporten, Aufrüstung oder internationalen Militärbündnissen. Weitere Indikatoren bilden Skandale, Krisen, Kontroversen, Konflikte, deklarierte Misserfolge, ein Scheitern, pessimistische Einschätzungen und die Darstellung von sinn- bzw. zweckmäßigeren sicherheitspolitischen Agendapunkten.

Codier-Schema:

- Andere sicherheitspolitische Priorität:
*„Aber Wehrhaftigkeit allein ist noch keine Sicherheitsstrategie.“
(Trittin, 2023b, o. A.)*
- Negative Einstellung zu internationalen Militärbündnissen:
„Es muss uns doch besorgen, wenn die größte und stärkste Militärmacht der Welt – und das ist die NATO – bei dieser Aufrüstungsentwicklung an vorderer Front mitspielt.“ (Trittin, 2018, o. A.)
- Abrüstung:
„Gerade in diesen schwierigen Zeiten braucht es starke Ideen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Dialog.“ (Brugger, 2019b, o. A.)

- Gegner von Rüstungsexporten:
„Im Koalitionsvertrag der Ampel gehören eine strengere Rüstungsexportpolitik und ein nationales Rüstungsexportgesetz zu den wichtigsten Vereinbarungen im Bereich der Sicherheitspolitik.“ (Brugger, 2021, o. A.)

4.3 Kategorie drei: Pazifismusdimensionen

Codiert wurde, ob Stellungnahmen, Aussagen und Vorgehensweisen der Grünen in Bezug auf außen- und sicherheitspolitische Themen explizit mittelpazifistisch oder zweckpazifistisch ausgerichtet sind. Dafür wurde geprüft, ob einer Aussage deutliche mittel- oder zweckpazifistische Aspekte entnommen werden können.

Als ‚mittelpazifistisch‘ gelten Textstellen, die sich auf Konzepte wie die soziale Verteidigung beziehen oder an denen sicherheitspolitische Hebel wie Diplomatie, Sanktionen oder zivile Konfliktlösungsansätze als am geeignetsten eingeordnet werden. Der Aspekt, dass keine Gegengewalt angewendet werden darf, ist in dieser Unterkategorie ausschlaggebend. Als ‚zweckpazifistisch‘ wurden alle Textstellen codiert, an denen der Einsatz von militärischen Mitteln oder in diesem Zusammenhang Gewalt als legitim erachtet wird, wenn mit diesem die Friedensordnung aufrechterhalten wird.

Als Indikator für den Mittelpazifismus dient die Fokussierung auf zivile Konfliktlösungen wie den Einsatz von Polizei anstatt der Bundeswehr im Ausland, die Stärkung diplomatischer Beziehungen, präventive Krisenbekämpfungsmaßnahmen wie Entwicklungshilfe oder wirtschaftliche Maßnahmen gegenüber einem Aggressor.

Einen Indikator für den Zweckpazifismus bildet die Betrachtung eines militärischen Friedenseinsatzes als legitim. Die Wahrung und die Sicherung des Friedens dürfen demnach auch mit militärischen Mitteln erfolgen. Etwaige UN- oder NATO Einsätze gelten in dieser Unterkategorie als legitim.

Codier-Schema:

- **Mittelpazifismus:**
*„Politische Probleme lassen sich aber nicht mit mehr Militär lösen.“
(Brugger, 2020, o. A.)*
- **Zweckpazifismus:**
*„Was wir tun können, [ist] machtpolitisch darauf konzentriert, dieses
Machtsystem Putins zu treffen, wo wir es treffen können. Ja, mit
Waffenlieferungen!“ (Baerbock, 2022e, o. A.)*

4.4 Kategorie vier: Einstellung zur Bundeswehr

Codiert wurden direkte oder indirekte Stellungnahmen zur Bundeswehr als Institution oder zu Angehörigen der Bundeswehr. Relevant ist es, ob die Einstellung gegenüber der Bundeswehr insgesamt positiv oder negativ ausfiel. Es wurde geprüft, ob mit der Bundestagsrede ein positives oder ein negatives Bild der Bundeswehr vermittelt wurde.

„Positiv“ wurde in Fällen codiert, in denen die positiven Gesichtspunkte und ein positiver Ton in einer Aussage bezüglich der Bundeswehr oder Angehörigen der Bundeswehr überwiegen. „Negativ“ wurde codiert, wenn negative Gesichtspunkte oder ein negativer Ton gegenüber der Bundeswehr bzw. gegenüber Angehörigen der Bundeswehr erkennbar sind.

Indikatoren für eine negative Tonalität sind unter anderem ein ablehnender Ton, Skandale, Krisen, Kontroversen, Konflikte, Misserfolge, ein Scheitern, eine pessimistische Einschätzung oder eine Darstellung der Bundeswehr als nicht notwendig.

Als Indikatoren einer positiven Tonalität dienen dementsprechend ein zustimmender Ton, Erfolge, eine Debattenbeteiligung, erfreuliche Entwicklungen, Lösungskonzepte, optimistische Einschätzungen, Wertschätzung gegenüber der Bundeswehr oder die Darstellung der Notwendigkeit der Bundeswehr.

Codier-Schema:

- Positive Einstellung zur Bundeswehr:
„Die Wertschätzung aus dem parlamentarischen Raum ist für die Soldatinnen und Soldaten wichtig. Wichtig ist zweifelsfrei auch die Wertschätzung innerhalb der Bundeswehr für die Teilnahme an Einsätzen.“
(Lindner, 2019b, o. A.)
- Negative Einstellung zur Bundeswehr:
„Auch von ihnen höre ich Bestürzung und große Sorge angesichts der Fälle von Rechtsextremismus und der erschreckenden Verbindungen zwischen ihnen. Auch hier sind schonungslose Aufklärung und klare Konsequenzen – da nehmen wir Sie beim Wort, Frau Ministerin – geboten; denn es darf in unseren Sicherheitsbehörden keinen Platz für Rechtsextremismus geben.“ (Brugger, 2019b, o. A.)

Die Analyse des Materials kann nun nach der von Mayring vorgestellten Methode der inhaltlichen Strukturierung beginnen (siehe Schritte fünf, sechs und acht des Ablaufmodell 1.). Im ersten nachfolgenden Schritt wurden alle Dokumente gesichtet und alle Textstellen markiert, die einer Unterkategorie entsprechen (Mayring, 2015). Damit sollte die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda von Bündnis 90/Die Grünen den verschiedenen inkludierten Dokumenten entnommen werden. Die Ergebnisse werden für jeden Erhebungszeitraum zusammengefasst und im Fazit unter den Hauptkategorien summiert, ausgewertet sowie verglichen.

5. Diskussion

5.1 Ergebnis der Analyse

5.1.1 Erster Erhebungszeitraum – vor Beginn des Ukraine-Krieges 2022

Wie in Kapitel 2 zum Forschungsdesign und zur Methodik erläutert werden zur Beantwortung der Forschungsfrage zwei verschiedene Datenerhebungszeiträume analysiert. Diese bestehen wie in Unterkapitel 2.2 dargelegt aus einem Erhebungszeitraum vor Ausbruch des Ukraine-Krieges und einem nach seinem Beginn. Wie im Kapitel zur Methodik

dargelegt (Kapitel 3.) wurden verschiedene Aspekte untersucht, um die Forschungsfrage stichhaltig zu beantworten. Im Folgenden wird zunächst auf den ersten der beiden Erhebungszeiträume eingegangen, wobei die analysierten Aspekte und Dimensionen dargelegt und in Bezug zueinander sowie zum zeitlichen Kontext gesetzt werden.

Die erste Hauptkategorie, die vorliegend inklusive der dazugehörigen Dimensionen betrachtet wird, ist die ‚Friedenspolitik‘. Signifikant ist in dieser, dass der Fokus von Bündnis 90/Die Grünen auf der Abrüstung liegt. In der Analyse wurde deutlich, dass die Grünen mit dem Thema der Rüstung im Allgemeinen einen deutlichen Konfliktgrund assoziieren. Die Entstehung und das Verschärfen von internationalen Konflikten hängen demnach deutlich mit der internationalen Aufrüstungspolitik Deutschlands und anderer Länder zusammen (Brugger, 2019b). Insbesondere durch die Erwähnung des Dialogs, der gleichzeitig als eine mittelpazifistische Maßnahme einzuordnen ist, machten die Grünen klar, dass nicht militärische Mittel für sie Vorrang haben und es zu einer Verminderung militärischer Lösungsansätze im außenpolitischen Feld kommen müsse. Das Thema der Abrüstung wird in der Grünen Politik vielfach auf verschiedenste Art vorangetragen, wobei unterschiedliche Gründe für die entsprechende Präferenz genannt werden. In vielen Fällen geht das Thema mit anderen (sicherheits-)politischen Agendapunkten einher, die konträr zum Thema der Rüstung ausgerichtet sind.

„Allerdings zeigt die Erfahrung: Verfügbarkeit führt zur Versuchung. Als Israel im Jahr 2000 als erstes Land bewaffnete Drohnen für Hinrichtungen einsetzte, kritisierte die US-Administration dies noch als völkerrechtswidrig. Als sie dann selbst bewaffnete Drohnen hatte, änderte sie ihre Rechtsauffassung. Inzwischen verfügen nicht nur Iran und China über diese Systeme, sondern auch islamistische Terroristen. Diesem Rüstungswettlauf muss Einhalt geboten werden.“ (Keul, 2019, o. A.)

An zweiter Stelle der ausgeprägtesten Punkte auf der friedenspolitischen Agenda der Grünen steht die ‚andere sicherheitspolitische Agenda‘. Diese setzt sich aus Agendapunkten zusammen, mit denen den Grünen zufolge Sicherheit, Menschenrechte und Stabilität in der internationalen Staatengemeinschaft zur Gänze gefördert werden und die für den langfristigen Erhalt von Frieden notwendig sind. Im Schwerpunkt der ‚anderen sicherheitspolitischen Agendapunkte‘ steht neben militärischen Aspekten jeweils der Klima- und Naturschutz (Brugger, 2019b). Neben den sicherheitspolitischen Agendapunkten der Partei Bündnis 90/Die Grünen, die sich aus international vereinbarten Klimazielen zusammensetzen, spielt allerdings auch eine Reihe anderer Agendapunkte eine wesentliche

Rolle. Ganz im Sinne der mittepazifistischen Doktrin der Grünen befindet sich eine zivile Konfliktlösung im Fokus.

„Diese zivilgesellschaftlichen Konzepte und die Akteure vor Ort gilt es zu unterstützen und zu stärken. Um respektvoll miteinander eine friedliche Zukunft zu gestalten, müssen ehemalige Kolonialmächte – wie Deutschland – ihr koloniales Erbe und davon geprägte Einstellungen aufarbeiten und überwinden.“ (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2021, o. A.)

Das Thema der Abrüstung als von den Grünen gewünschte präventive deeskalierende Maßnahme zur Herstellung von Frieden und Sicherheit zählt ebenfalls zu den ‚anderen sicherheitspolitischen Maßnahmen‘ (Keul, 2021).

An dritter Stelle der ausgeprägtesten Punkte der Auswertung sind die ‚Gegner von Rüstungsexporten‘ deutlich geworden. Rüstungsexporte bedeuten, dass mehr Waffen und Rüstungsgüter in den globalen Umlauf gelangen, was für die Grünen ein eindeutig belegbares sicherheitspolitisches Risiko darstellt. Insbesondere im Globalen Süden seien westliche Rüstungsexporte ein ausschlaggebender Faktor, der lokale Konflikte vertieft und Länder destabilisiert (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2021). Die Grünen fokussieren sich in Aussagen hierzu auf die sicherheitspolitische Lage in den Rüstungsimport Ländern und darauf, welche konkreten Akteure sich dieser Rüstungsexporte bedienen bzw. zu welchem Zweck dies erfolgt. Im Fall einer beteiligten Regierung oder anderer (staatlicher) Akteure, die als autokratisch einzuordnen sind oder gegen Menschenrechte verstoßen, kritisieren die Grünen Waffenexporte in die erwähnten Länder scharf. Der Grünen Argumentation zufolge sollte die deutsche Bundesregierung demnach eine stärkere und bedachtere Rüstungsexportpolitik befolgen, um dem indirekten Unterstützen antidemokratischer globaler Akteure zu vorbeugen.

„Die neue Bundesregierung will dafür sorgen, dass Menschenrechte, Sicherheit und Frieden ein größeres Gewicht erhalten und verantwortungslose Rüstungsexporte an Menschenrechtsverletzer der Vergangenheit angehören.“ (Brugger, 2021, o. A.)

Mit Abstand am geringsten ausgeprägt in der friedenspolitischen Agenda der Grünen ist der Faktor der Ablehnung von internationalen (Militär-)Bündnissen. Diese stellen für die Grünen nur unter bestimmten Umständen eine Gefährdung der globalen sicherheitspolitischen Lage dar. Die überwiegende Beurteilung internationaler Zusammenarbeit fällt bei den Grünen positiv aus. Der Sinn von internationalen Abkommen und Verträgen scheint den Grünen nach gegeben zu sein. In Fällen, in denen die Bundesregierung durch internationale Zusammenarbeit indirekt oder direkte Menschenrechtsverletzungen oder Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht unterstützt, treffen internationale Abkommen

bei den Grünen jedoch auf Ablehnung. Im Spezifischen richtet sich diese Ablehnung gegen die US-amerikanische Außenpolitik.

„Meine Damen und Herren, in einer Welt, die rauer geworden ist und in der einige unsere Friedensordnung unter Beschuss nehmen, liegt unsere Zukunft in Europa. Aber mehr Europa darf eben nicht bedeuten, blind Donald Trumps Milliardenforderungen nachzulaufen oder zu springen, wenn er mehr Militär fordert. Im Gegenteil: Es braucht eine klare gemeinsame Stimme gegen seine gefährliche Politik der Provokation. Gerade die aktuelle Situation in der Golfregion zeigt doch, wie Hardliner auf allen Seiten so lange an der Eskalationsspirale drehen, bis die Kriegsgefahr riesig wird. Mehr denn je braucht es jetzt einen starken Einsatz für Krisenprävention und Diplomatie.“ (Brugger, 2019b, o. A.)

Deutlich wird, dass sich die Grünen eine eigenständige außen- und sicherheitspolitische Agenda wünschen. Aus der Grünen Perspektive gegenüber den USA bestehen Indizien dafür, dass sich die deutsche Regierung von Teilen der US-amerikanischen außenpolitischen Doktrin lösen sollte, um unabhängigere Entscheidungen im Sinne einer pazifistischen Agenda zu treffen (Keul, 2019).

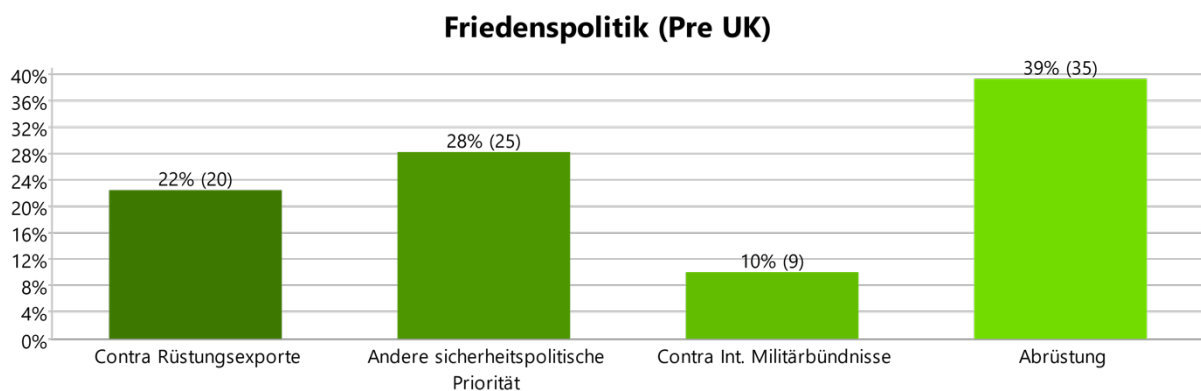


Tabelle 1.

In Sachen harter Sicherheitspolitik zeichnet sich ein deutlicher Trend hin zu einer positiven Einstellung gegenüber internationaler (militärischer) Zusammenarbeit ab. Wie bei Betrachtung der Kategorie ‚Friedenspolitik‘ erwähnt stellt eine internationale Zusammenarbeit für die Grünen eine begründbare sicherheitspolitische Maßnahme dar. Entscheidend ist hierbei die Legitimation einer militärischen internationalen Zusammenarbeit: Wird eine internationale Militäraktion etwa als zweckmäßig eingeschätzt, um für mehr Sicherheit oder Stabilität in einer Region zu sorgen, besteht die Tendenz der Grünen, sich für diese auszusprechen. Eine solche Tendenz kann am Beispiel der NATO-Zusammenarbeit zur Sicherung der osteuropäischen Bündnispartner belegt werden. Hier sei den Grünen zufolge ein sicherheitspolitisches Risiko gegeben, das die militärische Zusammenarbeit legitimiere (Trittin, 2020). Auch gegenüber Friedenssicherenden und stabilisierenden UN-Einsätzen bildet sich eine tendenziell gute Einstellung ab. Diese

Beispiele haben Folgendes gemeinsam: Für die Grünen ist das Engagement Deutschlands, eingebettet in internationale Militärbündnisse, genau zu prüfen und eine Frage der Begründbarkeit im Rahmen der eigenen sicherheitspolitischen Doktrin (Brugger, 2020). Damit geht unter Querbezügen zur positiven Einstellung gegenüber militärischer internationaler Zusammenarbeit der am zweitintensivsten ausgeprägte Punkt harter Sicherheitspolitik einher: der als legitim eingestufte Einsatz der Bundeswehr. Hierbei ist deutlich zu erkennen, dass es für die Grünen legitimierbar erscheinen kann, die Bundeswehr als friedenssichernde Maßnahme im Ausland einzusetzen. Deutlich wird jedoch, dass die Grünen eine zivile Lösung nach wie vor als angebrachter einstufen.

„Die ehemals feindlichen Kräfte patrouillieren endlich gemeinsam im Norden – das alles wäre ohne die Friedensmission der Vereinten Nationen nur schwer vorstellbar, das Friedensabkommen, das vor ein paar Jahren geschlossen wurde, ebenso.“ (Brugger, 2020, o.A.)

Trotz der genannten Aspekte akzeptieren und erkennen die Grünen positive Veränderungen in der Sicherheitslage der Länder, in denen die Bundeswehr als friedenssichernde Instanz eingesetzt wird. Dem aufgeführten Beispiel kann entnommen werden, dass die Durchführung militärischer Maßnahmen zur Stabilisierung einer Region für die Grünen nicht mehr undenkbar ist. Im Sinne friedensstiftender Maßnahmen und der politischen Stabilisierung eines Landes kann der Einsatz der Bundeswehr demnach legitimierbar sein.

Am drittintensivsten ausgeprägt ist unter den harten sicherheitspolitischen Tendenzen der Grünen das Thema der Aufrüstung. Dabei zeichnet sich ab, dass sich die Grünen se für eine funktionierende und moderne Bundeswehr aussprechen. Die Bundeswehr müsse demnach nicht in Gänze vergrößert werden, allerdings bestünde definitiv die Notwendigkeit dessen, sich den aktuellen Herausforderungen einer modernen Armee in Sachen Modernisierung und Personalgewinnung zu stellen. Zum Beispiel spiele die Digitalisierung der Bundeswehr eine große Rolle.

„[...] es ist zwar notwendig, militärische Infrastruktur und die Bundeswehr besser vor IT-Angriffen zu schützen [...]“ (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2021, o. A.)

Im Sinne der Effizienz der Bundeswehr gälte es, ihre bestehenden Strukturen zu stärken und zu festigen. Einer grundlegenden Änderung der Struktur bedarf es laut den Grünen jedoch nicht. Es sei erfolgsentscheidend, stetigen Nachwuchs für die Truppe zu gewinnen und das langfristig vorzunehmen. Demnach müsse die Bundeswehr zu einem attraktiven

Arbeitgeber werden. Die Bundeswehr solle demnach nicht verändert oder gar vergrößert werden, jedoch sollten ihre bestehenden Mittel funktionieren.

Die letzte vorliegend untersuchte Unterkategorie der harten Sicherheitspolitik der Grünen vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges ist der Faktor der legitimen Rüstungsexporte. Dieser Punkt ist mit klarem Abstand das für die Grünen ungeeignetste Mittel dafür, Sicherheitspolitik zu betreiben. In den untersuchten Dokumenten aus dem ersten Erhebungszeitraum konnte somit keine einzige Codierung dieser Art erfolgen. Rüstungsexporte wurden durch die Grünen wie bei der Untersuchung der Kategorie ‚Friedenspolitik‘ vor Ausbruch des Ukraine-Krieges festgestellt demnach als eine eindeutige Gefährdung der globalen Sicherheit eingestuft.

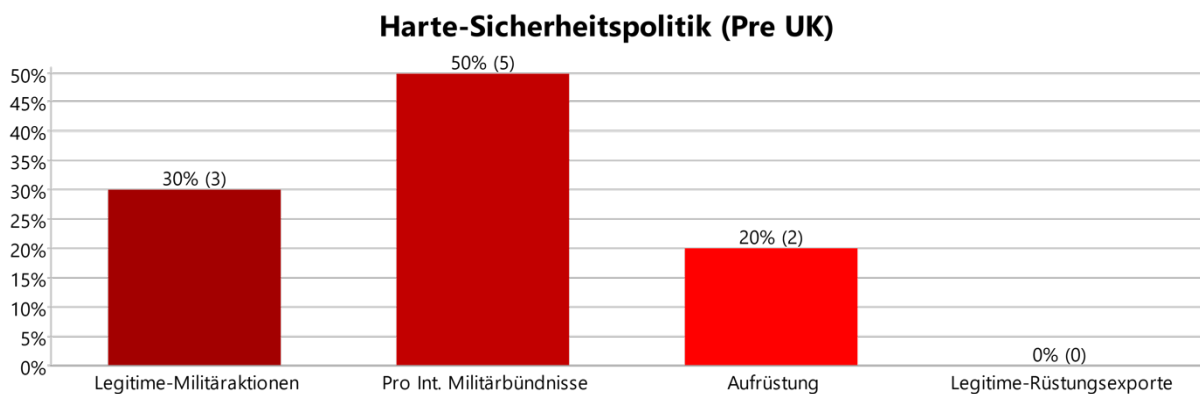


Tabelle 2.

Bei Betrachtung der Quantität der Kategorien und der Subkategorien, die im ersten Erhebungszeitraum als friedenspolitisch codiert wurden, ist es auffällig, dass die friedenspolitische Agenda vor Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 deutlich ausgeprägter war als harte sicherheitspolitische Agendapunkte. Im direkten Vergleich überwiegt jeder einzelne friedenspolitische Punkt, besonders stechen aber der erwähnte Punkt ‚andere sicherheitspolitische Priorität‘ und die Subkategorie ‚Abrüstung‘ hervor. Insbesondere ist es auffällig, dass die Grünen bezüglich der Sicherheitspolitik vermehrt Maßstäbe bzw. Prioritäten setzen, die nicht militärischer Natur sind.

Vergleich: Friedenspolitik & Harte-Sicherheitspolitik (Pre UK)

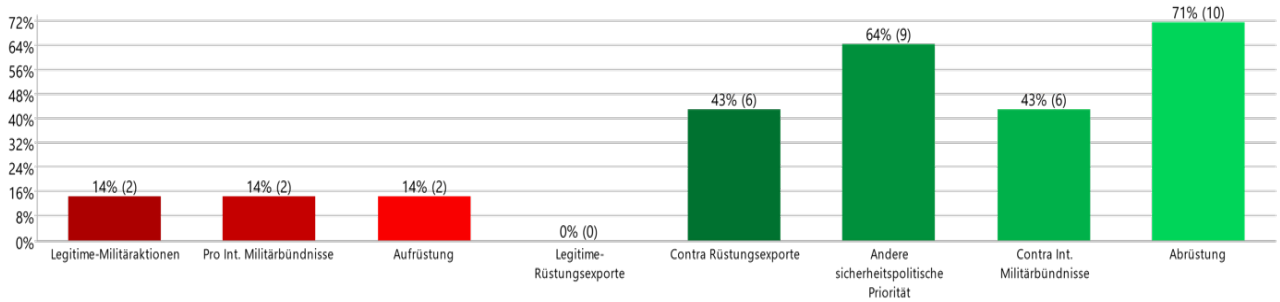


Tabelle 3.

Vergleich: Sicherheitspolitisches Agendasetting (Pre UK)

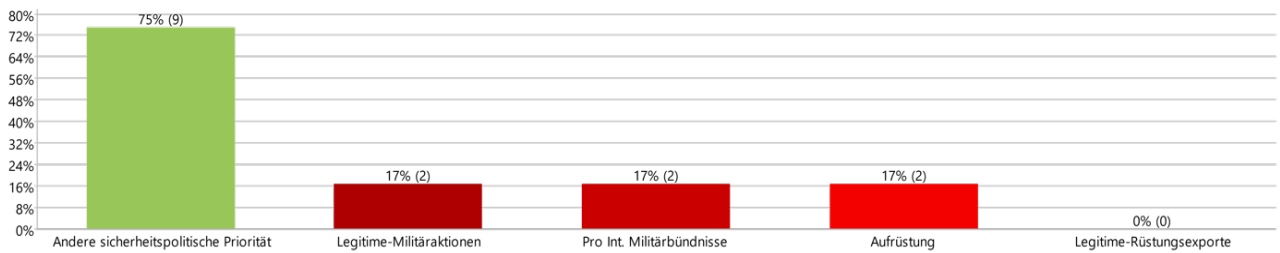


Tabelle 4.

Werden die Grünen Pazifismusdimensionen genauer betrachtet, wird deutlich, dass der Mittelpazifismus mit einer absoluten Mehrheit die vor Ausbruch des Ukraine-Krieges vorherrschende politische Doktrin war: Mittelpazifistische Codes kamen über sechsmal so häufig in der vorliegenden Analyse vor wie zweckpazifistische. Insbesondere die Fokussierung der Grünen auf zivile Konfliktlösungen erscheint dem Autor als signifikant. Während des ersten Erhebungszeitraums wurde deutlich, dass der Grüne Fokus auf präventiven und deeskalierenden Maßnahmen zum Erhalten des Friedens lag. Die Stärkung diplomatische Beziehungen und eine Stabilisierung konfliktgefährdeter Regionen bildeten den Fokus der Grünen Außenpolitik.

„Dauerhaften Frieden erreichen wir nur dann, wenn wir mehr Gelder für zivile Maßnahmen bereitstellen: mehr Personal an deutschen Auslandsvertretungen, mehr Flexibilität bei Projekten der Friedensförderung, längere Projektlaufzeiten.“ (Von Holtz, 2019, o. A.)

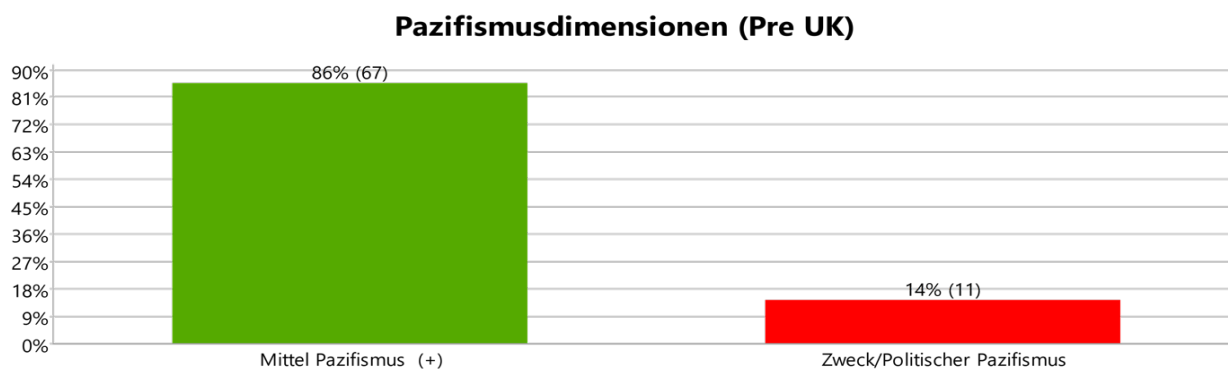


Tabelle 5.

Die Einstellung zur Bundeswehr als Institution und gegenüber Individuen, die für diese arbeiten, fiel mit einer eindeutigen Mehrheit positiv aus. Eine Grundsatzablehnung der Bundeswehr gepaart mit einem pauschalen Infragestellen ihrer Existenzberechtigung hat sich während des ersten Erhebungszeitraums in keiner Weise abgezeichnet. Negative Einstellungen in Bezug auf die Bundeswehr seitens der Grünen standen fast ausschließlich in Verbindung zu Skandalen innerhalb der Bundeswehr. Im Spezifischen wurden Ermittlungen und Skandale zu Fällen von Rechtsextremismus innerhalb der Bundeswehr entsprechend thematisiert (Brugger, 2020). Die überwiegende Mehrheit der Aussagen, die die Bundeswehr und deren Angehörigen betreffen, ist positiv geprägt. Mit diesen wurde auf Missstände innerhalb der Beschaffung und der Versorgung aufmerksam gemacht. Viele Aussagen Grüner Politiker waren von Wertschätzung und Anerkennung gegenüber dem Dienst in der Bundeswehr geprägt.

„Die Wertschätzung aus dem parlamentarischen Raum ist für die Soldatinnen und Soldaten wichtig. Wichtig ist zweifelsfrei auch die Wertschätzung innerhalb der Bundeswehr für die Teilnahme an Einsätzen.“ (Lindner, 2019, o. A.)

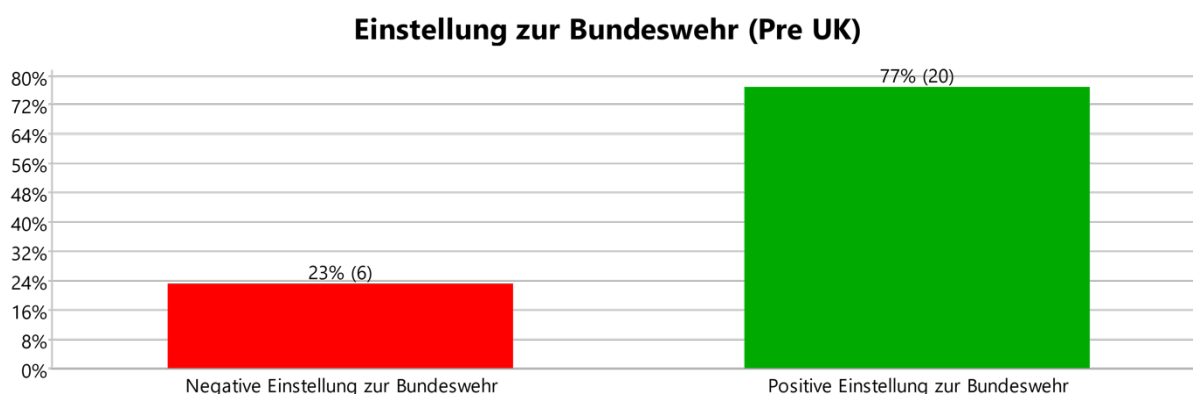


Tabelle 6.

Zusammenfassend wird für den ersten Erhebungszeitraum befunden, dass friedenspolitische Aspekte, die einer mittelpazifistischen politischen Ausrichtung untergeordnet sind, die signifikante Mehrheit der Kategorien bilden. Das Bild gegenüber der Bundeswehr ist eher positiv. Deutlich wird allerdings, dass die Bundeswehr nicht das sicherheitspolitische Mittel der Wahl für die Grünen ist, um Sicherheit und Frieden zu erzeugen. Hierfür sind laut den Grünen vielmehr Diplomatie und Abrüstung im globalen Raum notwendig. Besonders scharf wurden Rüstungsexporte kritisiert. Zu beachten ist jedoch, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im ersten Untersuchungszeitraum nicht in der Regierung befand und ein bewaffneter Konflikt auf europäischem Boden in diesem ferner nicht vorstellbar war.

5.1.2 Zweiter Erhebungszeitraum – nach Beginn des Ukraine-Krieges 2022

Nachdem die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse im ersten Erhebungszeitraum erläutert wurden, wird im Folgenden auf den zweiten Erhebungszeitraum eingegangen. Die analysierten Aspekte und Dimensionen werden zunächst separat vorgestellt, danach in Bezug zueinander und zum zeitlichen Kontext gesetzt.

Anhand der Ergebnisse des zweiten Erhebungszeitraums wird deutlich, dass der Stellenwert der Friedenspolitik im Allgemeinen stark abgenommen hat. Den am stärksten ausgeprägten Punkt im zweiten Erhebungszeitraum bildet die ‚andere sicherheitspolitische Priorität‘. Sämtliche Aussagen, die mit einer anderen sicherheitspolitischen, d. h. nicht militärischen Agenda der Grünen zusammenhängen, stammen aus der Anfangszeit des Ukraine-Krieges oder sind auf eine langfristige nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland und Europa ausgerichtet. Sie beziehen sich somit nicht direkt auf den Ukraine-Krieg (Trittin, 2023b). Besonders die beiden Faktoren ‚Diplomatie‘ und ‚Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise‘ sind hierbei signifikant: Sie machen einen erheblichen Teil der Grünen sicherheitspolitischen Agenda aus. Die genannten Maßnahmen werden als friedensstiftend oder langfristig im Vergleich zu militärischen Maßnahmen friedensstiftender eingestuft (Trittin & Nanni, 2022b).

Der am zweitstärksten ausgeprägte Punkt der Kategorie ‚Friedenspolitik‘ ist eine Ablehnung von Rüstungsexporten. Diese wurde im Schwerpunkt in der Anfangszeit des Ukraine-Krieges geäußert und entsprang einer Angst der Grünen davor, einen globalen Krieg mit extremen Ausmaßen mit Russland und seinen Verbündeten zu provozieren, sollte die Ukraine mit Waffen versorgt werden. Die potentielle Eskalation des Krieges und der

damit einhergehende Verlust der Neutralität Deutschlands erschienen den Grünen im genannten Zeitraum als ein zu hohes Risiko. Sichtbar wird, dass die Grünen in den Anfangsmonaten des Ukraine-Krieges einen vorsichtigen Umgang mit Waffenlieferungen anstrebten und die Eskalationsleiter der deutschen Maßnahme hemmen wollten.

„Eine Pressemitteilung ist schnell geschrieben, aber seinen außenpolitischen Kurs einfach mal so um 180 Grad zu drehen, wo gerade noch – das sage ich auch an die Unionsfraktion – im Sommer eine andere Entscheidung getroffen worden ist, sollte man schon bei vollem Bewusstsein tun.“
(Baerbock, 2022e, o. A.)

Insbesondere Baerbock zeichnete sich im Anfangszeitraum noch durch eine signifikante Unschlüssigkeit und Zurückhaltung gegenüber Waffenlieferungen aus.

Ein marginaler Teil der codierten Dokumente weist nach wie vor Grüne Abrüstungstendenzen auf. Auch unter diesen dominieren langfristige friedenspolitische Ziele der Grünen, die als ‚traditionswürdiger‘ Teil der Grünen Friedenspolitik gewertet werden können. Die atomare Abrüstung Deutschlands und damit einhergehend das Beseitigen von US-amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden dienen als Schwerpunkte der Grünen Argumentation. Dieser Agendapunkt bleibt bis heute bestehen.

Das Verankern der 2%igen Ausgabe für die Bundeswehr im Grundgesetz ist der zweite Aspekt, bei dem die Grünen nach wie vor ihre ursprüngliche friedenspolitische Ausrichtung vertreten. Sie argumentieren, es gäbe Zeiten, in denen müsse mehr als 2 % investiert werden, und andere, in denen weniger ausreichen. Stimmen gegen internationale (Militär-)Bündnisse gab es im zweiten Erhebungszeitraum keine.

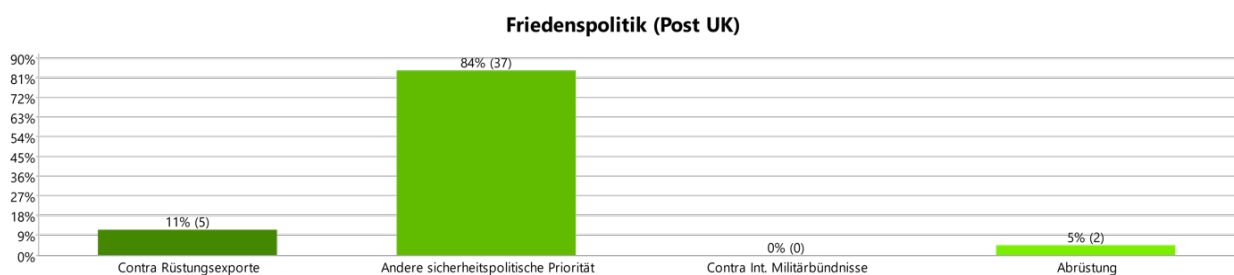


Tabelle 7.

Deutlich ausgeprägter ist im zweiten Erhebungszeitraum der Faktor ‚harte Sicherheitspolitik‘. Die Relevanz harter sicherheitspolitischer Agendapunkte hat mit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges deutlich zugenommen, was sich sowohl in der Quantität als auch in der Qualität der Aussagen seitens Politikern von Bündnis 90/Die Grünen offenbart. Der Faktor der internationalen militärischen Zusammenarbeit ist nach wie vor der am häufigsten

angebrachte Aspekt der harten Sicherheitspolitik. Insbesondere im Zuge des russischen Bedrohungspotentials zeichnet sich eine einheitliche Einstellung der Europäischen Staatengemeinschaft und der NATO ab, die auch von den Grünen unterstützt wird. Mit der Wahrnehmung einer konkreten und aktuellen Bedrohungslage, die als direkte Gefährdung für Europa und die hier vorherrschenden Werte eingestuft wird, steigt das Bedürfnis nach internationaler Zusammenarbeit im Kontext der Bedrohung. Im Schwerpunkt der Zusammenhalt der anderen EU-Mitgliedstaaten wird von den Grünen als positiv dargestellt.

„Wir brauchen dafür Alliierte. Deswegen ist die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union, in die NATO essenziell und der Kern jeder Sicherheitsstrategie. Diese Sicherheitsstrategie muss zusammenpassen mit dem strategischen Kompass und dem strategischen Konzept der NATO.“ (Trittin, 2023b, o. A.)

Der zuvor am intensivsten kritisierte Punkt Grüner Sicherheitspolitik stellte sich im zweiten Erhebungszeitraum als am zweitstärksten ausgeprägtes Aspekt Grüner harter Sicherheitspolitik heraus: Mit dem wachsenden Bedrohungsgefühl wächst auch das Bedürfnis nach Sicherheit – inklusive militärischer Sicherheit. Lücken und Defizite in und um die Struktur sowie das Material der Bundeswehr sind sichtbar in den Fokus gerückt und werden in Anbetracht der Situation heute deutlich intensiver betrachtet als im ersten Erhebungszeitraum. Die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit wird aufgrund der aktuellen Ausstattungslage der Bundeswehr als gefährdet eingeordnet. Es bestehe ein deutlicher Nachsteuerungsbedarf in Sachen Rüstung und Ausstattung der Bundeswehr. Insbesondere wird mit der Verantwortung Deutschlands gegenüber den eigenen Bündnispartnern argumentiert, die nicht zu vernachlässigen sei (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2022). Die Legitimität von Militäraktionen wurde im zweiten Erhebungszeitraum ebenfalls deutlich öfter codiert. Die dazu getroffenen Aussagen beziehen sich im Schwerpunkt auf die Verteidigung und die Sicherung der NATO-Ostgrenzen. In den gefundenen Texten wird das internationale Engagement der Bundeswehr im Allgemeinen befürwortet, jedoch gilt dies besonders für die Rolle der Bundeswehr in der Aufrechterhaltung der Landes- und Bündnisverteidigungsfähigkeit. Die Bundeswehr sei demnach dafür geeignet, in Osteuropa als präventives und abschreckendes außenpolitisches Mittel der Wahl eingesetzt zu werden (Trittin, 2023b). Die Legitimität von Rüstungsexporten steht dennoch nach wie vor an letzter Stelle harter sicherheitspolitischer Maßnahmen der Grünen geht. Insbesondere in den Anfangsmonaten des Krieges trafen die Grünen noch zögerliche Aussagen zum Thema der Waffenlieferungen – hier besteht eine Übereinstimmung mit

dem ersten Erhebungszeitraum. Das Umdenken in Bezug auf Waffenlieferungen an die Ukraine und damit ihre Legitimierung stellten sich erst im weiteren Verlauf des Krieges ein. Dennoch ist ein Anstieg von 700 % bei den Codierungen legitimer Rüstungsexporte im Vergleich zum ersten Erhebungszeitraum festzustellen. Demnach erscheint den Grünen das Liefern von Waffen als harte sicherheitspolitische Maßnahme im zweiten Erhebungszeitraum als Option. Auch wenn die Quantität der Aussagen nach wie vor an letzter Stelle steht, ist ihre Qualität im Themenbereich der Waffenlieferung an die Ukraine signifikant gestiegen. Insbesondere Baerbocks Meinungsentwicklung zu Waffenlieferungen an die Ukraine gilt es hervorzuheben.

„Wir werden uns aber in dieser historischen Stunde angesichts des brutalen Angriffs auf die Ukraine für eine Unterstützung entscheiden, die neben unserem großen wirtschaftlichen und humanitären Engagement die Ukraine jetzt auch mit Lieferung von militärischem Material und Waffen unterstützt.“ (Baerbock, 2022d, o. A.)

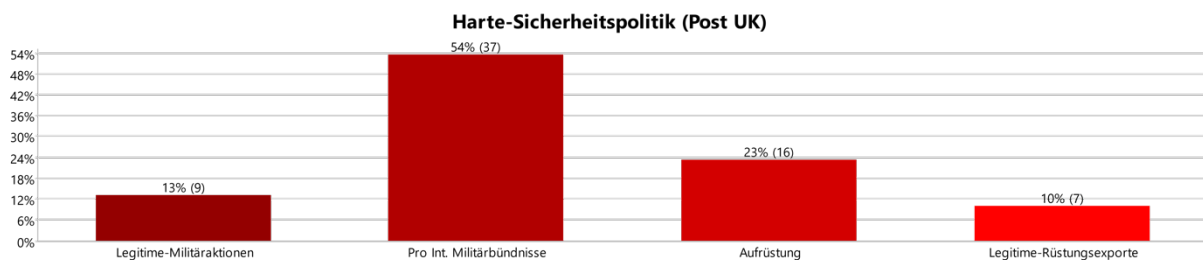


Tabelle 8.

Im direkten Vergleich der beiden Kategorien ‚Friedenspolitik‘ und ‚harte Sicherheitspolitik‘ wird die Entwicklung der Grünen Ausrichtung noch deutlicher: Der Faktor ‚harte Sicherheitspolitik‘ ist im zweiten Erhebungszeitraum fünfmal so ausgeprägt wie der Faktor Friedenspolitik. Hinsichtlich der friedenspolitischen Codierungen ist es auffällig, dass lediglich keine Unterkategorie nach wie vor im direkten Vergleich am zweitstärksten ausgeprägt ist. Es wird somit sichtbar, dass die Grünen weiterhin auch eine nicht militärische Sicherheitspolitik betreiben wollen. In den restlichen Unterkategorien zeichnet sich ein deutlicher Trend zu harten sicherheitspolitischen Maßnahmen ab. Insbesondere die Relevanz von internationalen (Militär-)Bündnissen und der Aufrüstung sticht hervor. Beide Aspekte hängen wie zuvor analysiert mit dem angestiegenen Gefühl der Bedrohung durch Russland zusammen. Im Hinblick auf Rüstungsexporte zeichnet sich ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung seitens der Grünen ab. Hier wird deutlich, dass Rüstungsexporte für die Grünen nach wie vor ein sicherheitspolitisches Risiko darstellen. Sie werden durch die Grünen als konfliktförderlich betrachtet. Als harte

sicherheitspolitische Maßnahme zur Gänze ausgeschlossen wurden Rüstungsexporte allerdings nicht. Entscheidend ist für die Grünen deren Legitimierung, auch im Rahmen der eigenen politischen Kultur.

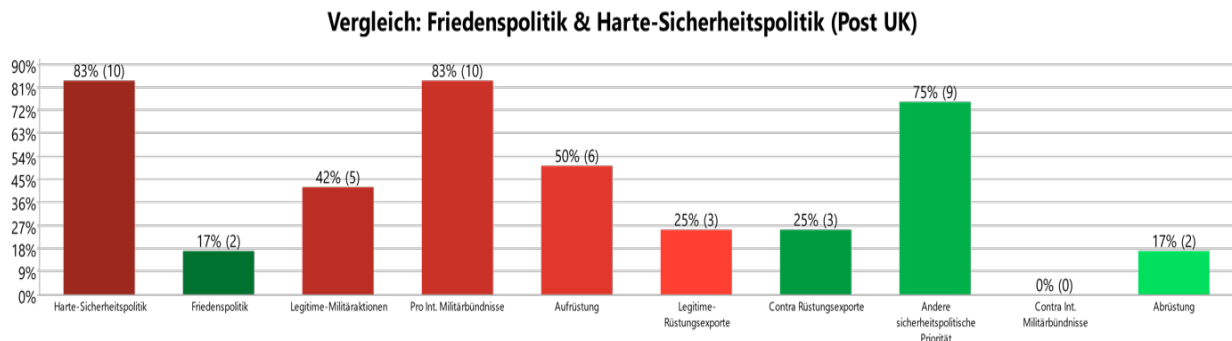


Tabelle 9.

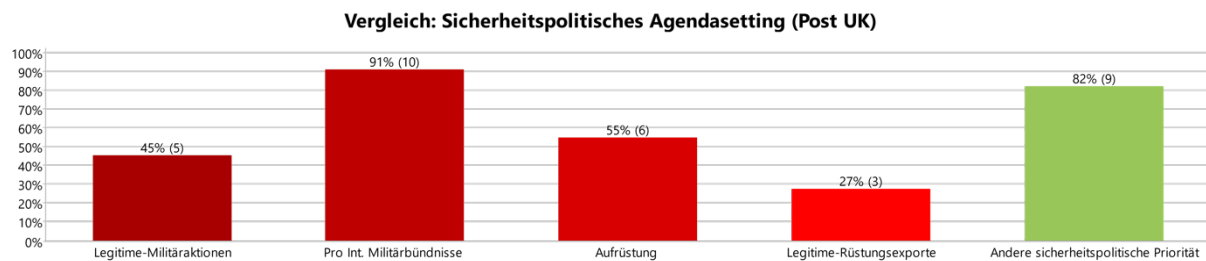


Tabelle 10.

In diesem Zusammenhang ist in den Pazifismusdimensionen der Grünen ein deutlicher Unterschied zum ersten Erhebungszeitraum erkennlich: Die Entsprechungen zur Unterkategorie ‚Mittelpazifismus‘ sind von 86 % auf 56 % und demnach um 30 % gesunken. Die Präsenz der als zweckpazifistisch codierten Segmente hat hingegen von 14 % auf 44 % zugenommen. Hier ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Verhältnis der friedenspolitischen Agenda der Grünen und dem Anstieg ihrer Befürwortung der harten sicherheitspolitischen Maßnahmen zu verzeichnen. Die mittelpazifistischen Tendenzen der Grünen im zweiten Erhebungszeitraum sind dennoch stark ausgeprägt und ein deutliches Zeichen dessen, dass die Grünen nach wie vor so lange wie möglich versuchen, eine zivile Konfliktlösung zu finden und keinen Krieg mit Russland zu provozieren.

„Da haben wir klipp und klar deutlich gemacht, dass ein erneutes militärisches Vorgehen gegen die Ukraine massive Konsequenzen für Russland hätte. Auf dieser Basis arbeiten wir an einem starken Sanktionspaket.“ (Baerbock, 2022e, o. A.)

Insbesondere die Angst vor einer militärischen Eskalation mit Russland war ein Beweggrund, an den grünen mittelpazifistischen Tendenzen festzuhalten. Das Suchen einer

diplomatischen Lösung in Abstimmung mit den Verbündeten der EU und der NATO prägte vor allem in der Anfangszeit des Krieges den Grünen Umgang mit ihm.

„Und in dieser Situation sind Frieden und Diplomatie unsere Stärke, die unsere Gemeinschaft auszeichnen muss.“ (Wagener, 2022, o. A.)

Erst mit der voranschreitenden Eskalation des Krieges und der russischen Maßnahmen stieß der Mittelpazifismus der Grünen an seine Grenzen. Die mittelpazifistischen Maßnahmen gegenüber Russland, zum Beispiel Sanktionen oder Versuche, mit diplomatischen Mitteln eine Deeskalation des Konflikts zu erreichen, blieben ohne Erfolg. Im Zuge dessen erschienen den Grünen auch zweckpazifistische Maßnahmen legitimierbar. Im Spezifischen stimmten die Grünen mit der Eskalation des Krieges Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland zu, ebenso wie Maßnahmen zur Aufrüstung der Bundeswehr (Baerbock, 2022a).

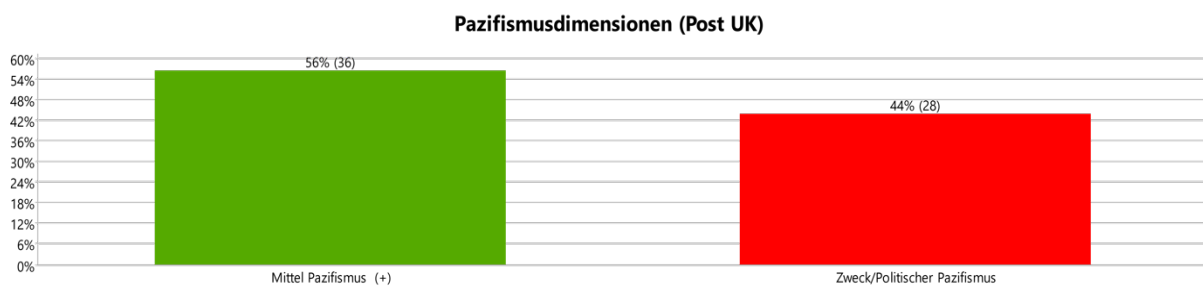


Tabelle 11.

Die Einstellung gegenüber der Bundeswehr ist nach wie vor mit einer eindeutigen Mehrheit positiv. Kritik an der Bundeswehr ist im zweiten Erhebungszeitraum sogar noch weiter in den Hintergrund gerückt. Das einzige Argument, dass mit einer kritischen bzw. hinterfragenden Haltung gegenüber der Bundeswehr in diesem Zusammenhang einhergegangen ist, richtete sich gegen den Vorschlag, 2 % des BIP als Mindestbetrag für die Finanzierung der Bundeswehr im Grundgesetz festzulegen (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2022). Parallel rückten Ausstattungsmängel und Defizite hinsichtlich der Ausrüstung der Soldaten mit Ausbruch des Ukraine-Krieges zunehmend in den Vordergrund. Der Faktor Sicherheit gewann für die Grünen im Zuge dessen an Relevanz, das deutsche Verteidigungspotential müsse militärisch abgesichert sein (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2022). Die Defizite innerhalb der Bundeswehr wurden somit als Hemmung der deutschen Wehrhaftigkeit und im Angesicht der aktuellen

Bedrohungslage als nicht länger tragbar eingestuft (Baerbock, 2022c). Das Resultat dieser Entwicklung ist, dass die Bundeswehr als Institution erheblich präsenter für die Grünen geworden ist und im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum als wesentlich relevanter eingeschätzt wird. Im Zuge der gesteigerten Relevanz der Bundeswehr nahm auch ihre Wertschätzung zu und die Einstellung gegenüber Soldaten entwickelte sich noch ausgeprägter ins Positive.

„Dieses Stück Korrektur eigener Irrtümer sind wir übrigens mit den Kollegen der Union gemeinsam angegangen, indem wir das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro aufgelegt haben. Wir beseitigen so die Defizite, die Deutschland in der Wehrhaftigkeit hat.“ (Trittin, 2023b, o. A.)

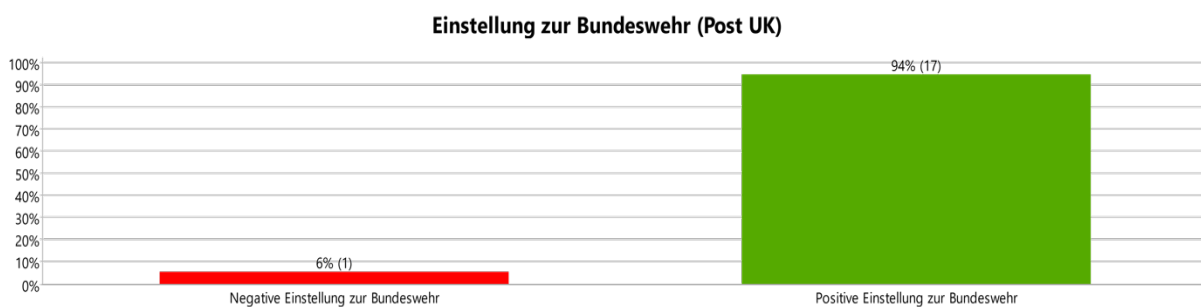


Tabelle 12.

5.1.3 Zweiter Erhebungszeitraum – Transitionsmomente

Wie bereits im Rahmen der bisherigen Betrachtung des zweiten Erhebungszeitraumes deutlich geworden ist, vollzog sich in den ersten Kriegsmonaten ein signifikantes Umdenken innerhalb der Grünen Partei. Mit der stetigen Eskalation des Krieges und damit auch der Intensivierung russischer Mittel (Tucker, 2022) gegen die Ukraine wichen die Grünen von ihrer mittelpazifistischen Ausrichtung zurück. Die Entwicklung der pazifistischen Einstellung der Grünen wird tabellarisch erfasst (Tabellen 13-16). Deutlich zu sehen ist, wie ausgeprägt die mittelpazifistische Doktrin der Grünen noch im Januar 2022 war (Wagener, 2022). Das Mittel der Wahl für die Grünen bildeten zu diesem Zeitpunkt ein starkes Sanktionspaket und eine Deeskalation der Lage durch ein diplomatisches Vorgehen (Baerbock, 2022e).

Bereits im Februar und im März 2022 zeichnete sich der erste Verfall mittelpazifistischer Vorgehensweisen ab. Dennoch war eine Rückkehr zu diesen für die Grünen noch nicht ausgeschlossen: In den Monaten Februar und März 2022 hielten die Grünen weiterhin an ihrem Vorgehen fest, mittels Sanktionen und Prozessen des Auswärtigen Amtes eine frühzeitige Klärung des Konflikts herbeizuführen (Trittin & Nanni, 2022b).

„Wir tun es auch bei den Sanktionen. Aber ich hatte das ja schon mal gesagt mit Blick auf SWIFT: Was bringt uns eine Sanktion, wo alle sagen: ‚Juhu, das ist die neue Sanktion‘, wenn wir wissen: ‚Wir können sie in dem Moment nicht umsetzen‘? Deswegen haben wir bei SWIFT geprüft: Wie können wir Banken decouplen? Wie können wir dafür sorgen, dass wir wirklich schnell ins System kommen? – Und es wirkt. Wir hatten heute im Sicherheitskabinett bzw. im Kabinett die Berichte: 50 Prozent Rubelverfall. Wir haben gehört, dass die Staatsanleihen nicht bedient werden, dass Kredite nicht gezahlt werden können, weil man vom Finanzierungssystem vollkommen abgeschottet ist.“ (Baerbock, 2022a, o. A.)

Intensiviert wurde die Reduzierung mittelpazifistischer Vorgehensweisen erst ab April 2022 bis in die Sommermonate 2022. In diesem Zeitraum nahmen die mittelpazifistischen Aussagen und Vorgehensweisen immer stärker ab. Sie machten weniger als die Hälfte der Grünen Agenda zum Umgang mit der Situation aus. Die Punkte, an denen die Grünen zu diesem Zeitpunkt noch am intensivsten festhielten, bildeten Maßnahmen zur Krisenprävention und Standpunkte, nach denen das Sondervermögen der Bundeswehr auch für zivile Maßnahmen genutzt werden sollte (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2022).

Im Jahr 2023 ist der Mittelpazifismus als politische Doktrin fast verschwunden. Mittelpazifistische Aspekte werden nun nur noch ergänzend zu zweckpazifistischen erwähnt.

„Integrierte Sicherheit von heute, die ist wehrhaft, die ist resilient und nachhaltig. Sie investiert in militärische Abschreckung, und sie investiert in Entwicklung und Diplomatie.“ (Trittin, 2023b, o. A.)

Anhand des Zeitraums des Ukraine-Krieges kann zusammenfassend eindeutig belegt werden, dass sich die sicherheitspolitische Ausrichtung der Grünen verändern hat: Zweckpazifistische Maßnahmen und Aussagen haben die mittelpazifistischen prozessartig abgelöst. Es fällt auf, dass die Repräsentation des Zweckpazifismus bei den Grünen im Januar 2022 noch bei 0 % lag. Dementsprechend war eine militärische Konfliktlösung für die Grünen zu diesem Zeitpunkt noch unvorstellbar. Bereits von Februar bis März veränderte sich die Einstellung gegenüber militärischen Maßnahmen gegenüber Russland drastisch. Die Bedrohungslage verschärfte sich in den Augen der Grünen so stark, dass eine Investition in militärische Mittel als präventives Mittel gegenüber Russland neu legitimierbar erschien. Untersuchten Aussagen zufolge sei besonders eine gemeinsame Strategie der EU-Staaten in Sachen Verteidigung und Sicherheit erstrebenswert (Trittin & Nanni, 2022a).

Mitte März 2022 erschien den Grünen das Liefern von Waffen an die Ukraine erstmals legitim. In Anbetracht der Analyseergebnisse des ersten Erhebungszeitraums ging diese

Entscheidung mit einem deutlichen Paradigmenwechsel seitens der Grünen Einstellung zu Rüstungsexporten einher. Parallel zeichnete sich eine überdurchschnittlich starke Zustimmung gegenüber finanziellen Maßnahmen zur Unterstützung der Bundeswehr ab. Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit waren für die Grünen auf ihrer politischen Agenda zur Priorität geworden. Damit ging ein deutlicher sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel hin zum Zweckpazifismus einher.

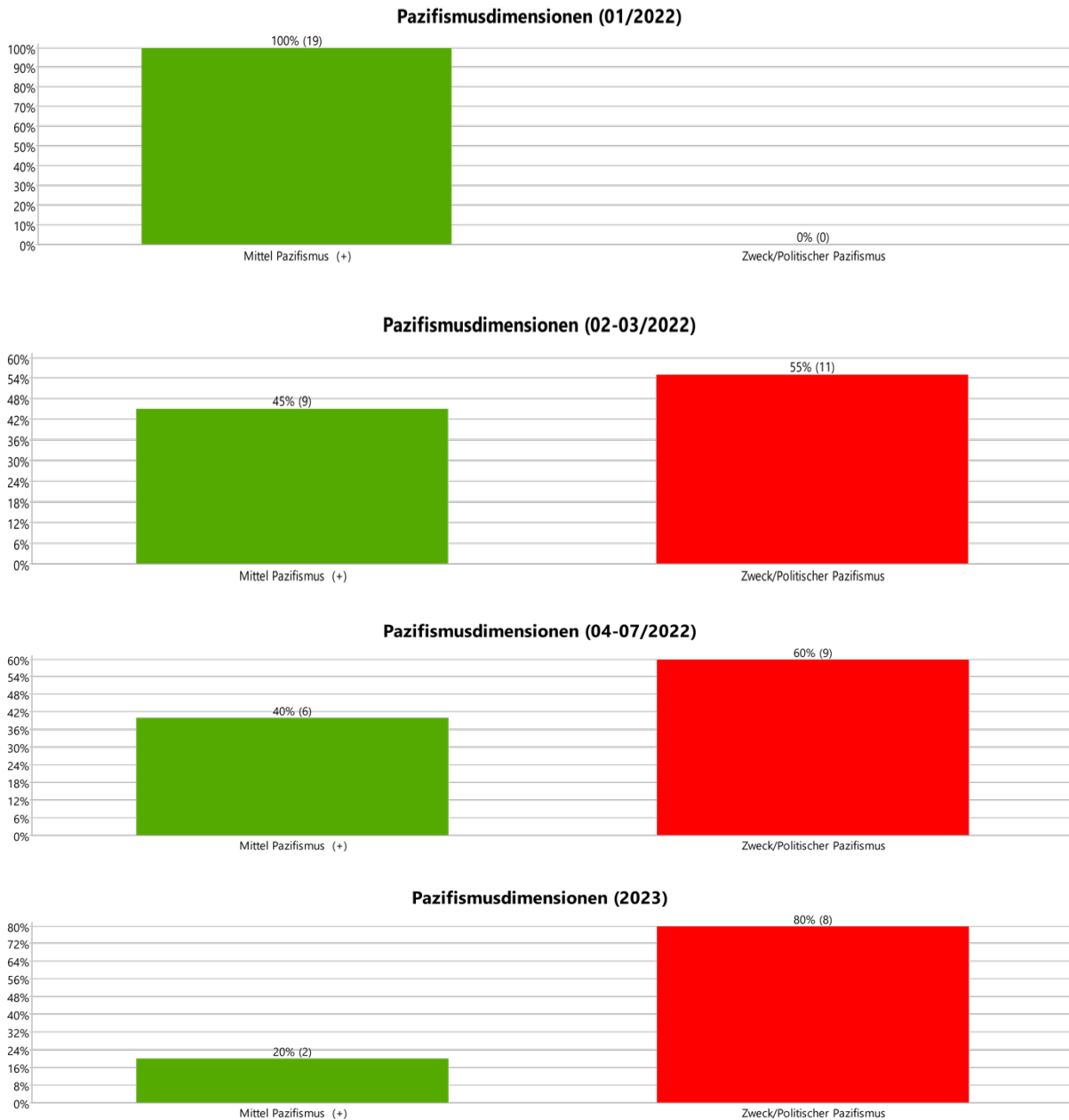
„Wir sind uns einig – das ist ja auch das Besondere in diesem Moment: Das waren wir uns noch nie bei solchen verteidigungs- und rüstungspolitischen Fragen; jetzt sind wir uns einig, das ist gut –, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen müssen, auch für die Sicherheit bzw. die Bundeswehr.“
(Baerbock, 2022a, o. A.)

Deutlich bezogen die Grünen zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Stellung. Die Ukraine habe eindeutig das Recht, sich selbst zu verteidigen. Der Ukraine das Recht auf militärische Selbstverteidigung zuzusprechen und das Land bei dieser zu unterstützen, sei eine eindeutig als zweckpazifistisch einzuordnende Maßnahme (Baerbock, 2022d).

Zweckpazifistische Agendapunkte der Grünen intensivierten sich, wie der statistischen Auswertung der Inhaltsanalyse zu entnehmen ist, in den Monaten April bis Juli deutlich. Annalena Baerbock sprach von einer Zeitenwende in Sachen Sicherheit, auch militärischer Sicherheit (Baerbock, 2022c). Ihre Konsequenz sei, dass deutlich mehr in die eigene Sicherheit investieren werden müsse und Deutschland dazu in der Lage sein sollte, die eigene Sicherheit auch militärisch zu verteidigen (Baerbock, 2022c). Bis zum Jahresbeginn 2023 wurde der pazifistische Paradigmenwechsel vollzogen. Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin betonte in seiner Abschlussrede des ersten Quartals 2023 dementsprechend, wie wesentlich die Bundeswehr nicht nur für internationale Friedensmissionen und Stabilisierungseinsätze, sondern auch für die Landes- und Bündnisverteidigung sei (Trittin, 2023b).

Ein großzügiges Aufrüstungsprogramm solle die über Jahre entstandenen Defizite innerhalb der Bundeswehr ausgleichen. Dabei ginge es im Schwerpunkt um die Ausstattung und die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Ein Sonderbudget von 100 Milliarden Euro wurde von der Regierung gebilligt, um die entstandenen Defizite in der deutschen Wehrhaftigkeit auszugleichen (Trittin, 2023b). Zum Thema der Waffenlieferungen äußerte sich Jürgen Trittin Anfang des Jahres 2023 ebenfalls. Seinen Aussagen zufolge seien Waffenlieferungen, insbesondere welche mit schweren Waffen wie Kampfpanzern, in Anbetracht der aktuellen Situation unabdingbar.

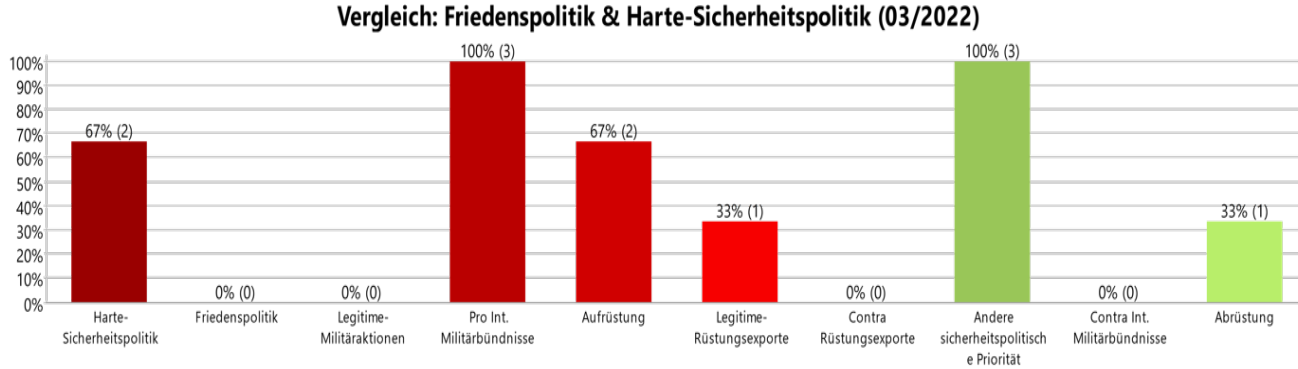
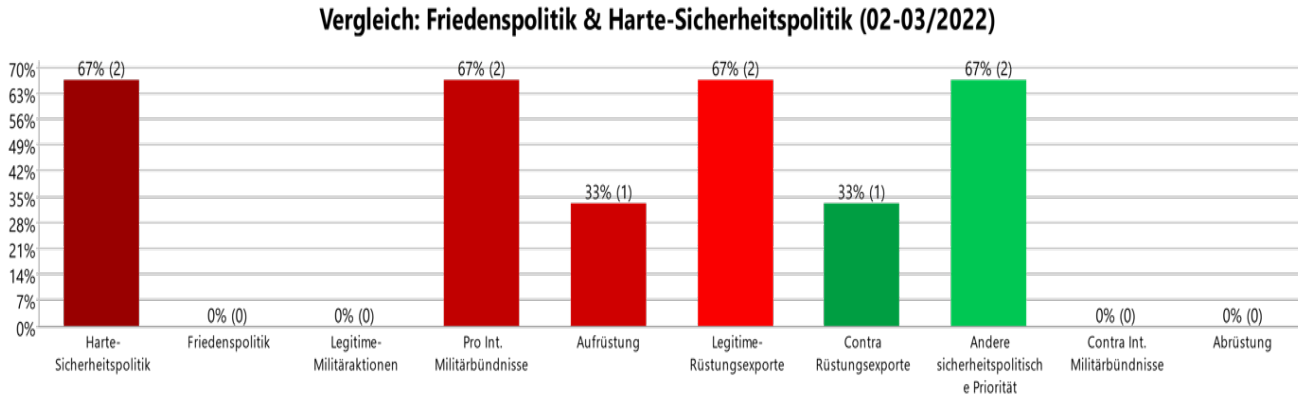
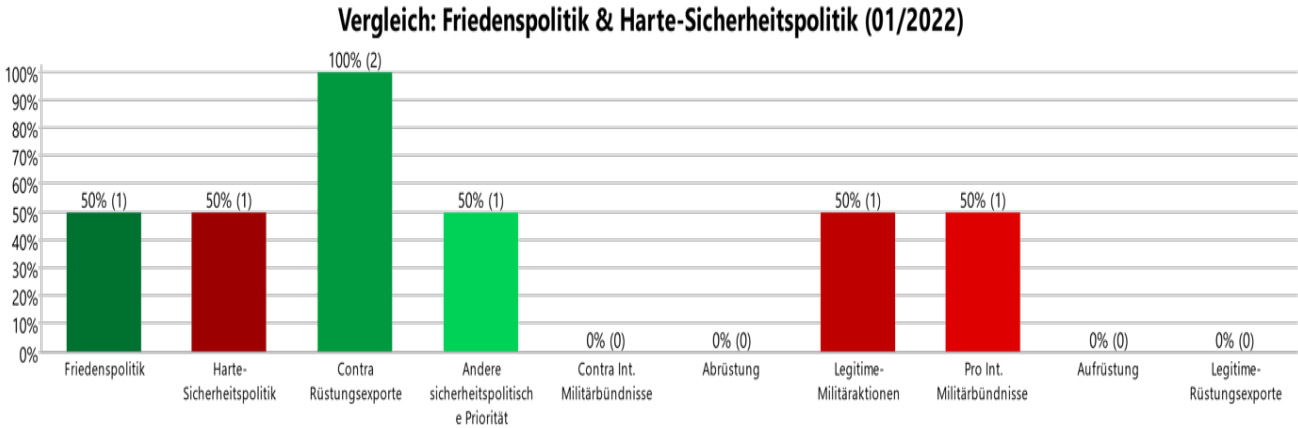
„Und ich weiß: Die Menschen hier im Lande sind gespalten, auch über die Lieferung der Panzer. Ich selber bin überzeugt davon: Ohne sie wird die Ukraine Putin nicht stoppen können.“ (Trittin, 2023a, o. A.)



Tabellen 13.-16.

Die beschriebene Entwicklung kann anhand eines Vergleichs der Grünen Friedenspolitik mit ihren harten sicherheitspolitischen Maßnahmen in den ersten drei Monaten des Ukraine-Krieges belegt werden. Im Spezifischen in der Haltung der Grünen gegenüber Rüstungsexporten an die Ukraine kam es zu einem deutlichen Umdenken. Der Versuch, den Konflikt ausschließlich durch Sanktionen zu bremsen, zog sich bis zum Ende des Frühjahrs 2022. Diplomatische Mittel erschienen den Grünen für den Umgang mit der Krise geeignet – sogar bis zum aktuellen Zeitpunkt. Die Grüne Einstellung gegenüber harter

Sicherheitspolitik im Allgemeinen entwickelte sich allerdings ab Februar stark zum Positiven. Besonders die Einstellung zur Zusammenarbeit mit anderen internationalen militärischen Partnern verbesserte sich. Der Faktor ‚Rüstungsexporte‘ und die Einstellung gegenüber Maßnahmen zur Aufrüstung wurden besonders im Zeitraum von Februar bis März 2022 vermehrt codiert. Mit der beschriebenen Entwicklung liegt ein empirischer Beleg für einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel der Partei Bündnis 90/Die Grünen mit Eintritt des Ukraine-Krieges und im Spezifischen während der ersten Kriegsmonte vor.



Tabellen 17.-19.

5.1.4 Gesamtvergleich

Als Abschluss der Analyse sollen die Ergebnisse beider Erhebungszeiträume im Gesamtvergleich betrachtet werden. Dieser letzte Schritt soll helfen, einen möglichen Wandel der Grünen sicherheitspolitischen Agenda und der Grünen Einstellung gegenüber der Bundeswehr über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg zu identifizieren. Der Schwerpunkt soll darauf liegen, die einzelnen Kategorien einander gegenüberzustellen, um Dimensionen, Trends und Muster der Grünen Sicherheitspolitik im Laufe der Zeit zu dokumentieren und zu vergleichen. Ebenso wesentlich ist die Kontextualisierung der Grünen Sicherheitspolitik und der Grünen Einstellung zur Bundeswehr. Die Identifikation von Unterschieden sowie Gemeinsamkeiten der beiden einzeln betrachteten Erhebungszeiträume soll es ermöglichen, kohärente Trends oder unterschiedliche Ausrichtungen in diesen besser zu lokalisieren. Indem mehrere Phasen der Grünen Einstellung zu Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr betrachtet werden, könnten zum Beispiel ähnliche Veränderungen oder Muster in verschiedenen Phasen beobachtet werden, die die Zuverlässigkeit der Schlussfolgerungen stärken könnten.

Deutlich zeichnet sich ab, dass bei den Grünen bei Betrachtung beider Erhebungszeiträume jeweils andere sicherheitspolitische Prioritäten an erster Stelle stehen. Verändert haben sich Aspekte der Sicherheitspolitik, die im Zusammenhang mit diplomatischen Mittel stehen oder zivile Lösungen für außen- bzw. sicherheitspolitische Probleme in den Vordergrund rücken (Trittin, 2023b). Neben dieser Agenda prägen die Einstellung der Grünen präventive Maßnahmen zur Konfliktverhinderung, zum Beispiel Entwicklungshilfen und das Stärken der Menschenrechte (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2021). Auch der Klimawandel ist bei den Grünen ein konstant relevanter Aspekt der parteilichen sicherheitspolitischen Agenda (Trittin, 2023b).

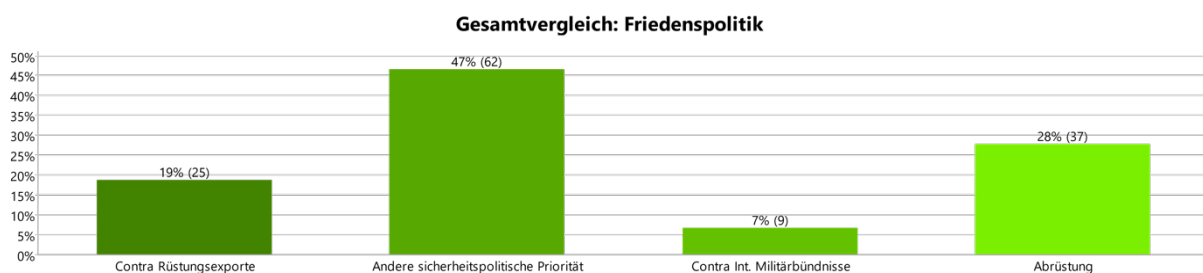


Tabelle 20.

Bezüglich harter Sicherheitspolitik ist einheitlich die internationale (militärische) Zusammenarbeit der für die Grünen prägende Faktor. In anderen Dimensionen harter Sicherheitspolitik sehen die Grünen zu einem großen Teil konfliktförderndes Potential; sie schreiben Mitteln wie Waffenlieferungen oder Aufrüstung eine eskalative Wirkung zu (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2020). Gegenüber militärischen Aspekten von Sicherheitspolitik sind die Grünen im Allgemeinen skeptisch und hinterfragend eingestellt, was mit dem prozentual höheren Ausmaß der Erwähnung anderer sicherheitspolitischer Prioritäten der Grünen belegt werden kann. Internationale Zusammenschlüsse wie die NATO, die OSZE oder die EU seien der Grünen sicherheitspolitischen Agenda zufolge allerdings legitimierbar, die mehrheitlich zivil aufgestellten Institutionen der EU und der OSZE werden allerdings zuweilen gegenüber dem Militärbündnis NATO präferiert. Mit Diplomatie und guten internationalen Beziehungen gehe den Grünen zufolge eine präventive Wirkung gegenüber Konflikten einher. Außerdem sollen die genannten internationalen Organisationen zur Stabilisierung internationaler Beziehungen beitragen. Das soll unter anderem durch Peacekeeping oder Peacebuilding gewährleistet werden, aber auch durch das Stärken der internationalen Zusammenarbeit, eingebettet in internationale Organisationen wie die EU, die UN oder die OSZE innehaben (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2021).

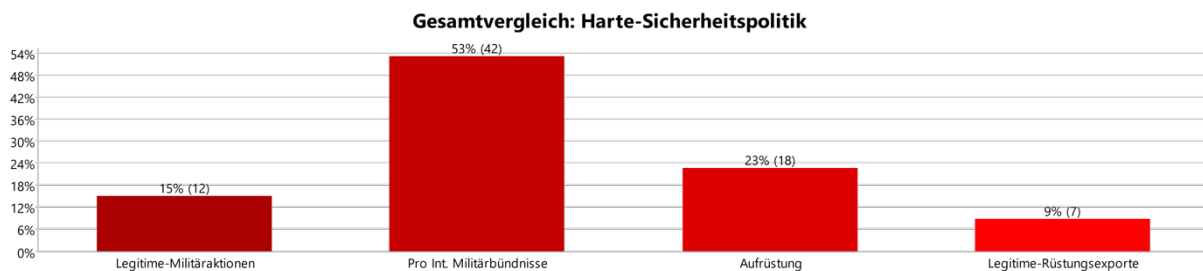


Tabelle 21.

Mit den beschriebenen Entwicklungen, d. h. der Änderung der friedens- und sicherheitspolitischen Agenda der Grünen, geht einher, dass die mittelpazifistischen Ansätze den zweckpazifistischen gegenüber neu deutlich intensiver ausgeprägt sind. Als zweckpazifistisch wurden in der vorliegenden Analyse im Schwerpunkt außen- und sicherheitspolitische Maßnahmen codiert, die im Zusammenhang mit militärischen Aktionen oder Maßnahmen standen (siehe Unterkapitel 2.4). Da die Masse an sicherheitspolitischen Maßnahmen jedoch aus nicht militärischen Agendapunkten zusammengesetzt ist oder gar eine diesem konträre Position verkörpert, überwiegt hierbei mit deutlichem Abstand

der Mittelpazifismus. Ein weiterer Grund dafür ist die aufgeprägte friedenspolitische Agenda der Grünen: Selbst in Zeiten der Krise halten die Grünen an deeskalierenden und konfliktentschärfenden Maßnahmen fest, die mit ihrer politischen Kultur vereinbar sind (Tabelle 7.).



Tabelle 22.

Die beschriebene Agenda kann mit einem direkten Gesamtvergleich der beiden Kategorien ‚Friedenspolitik‘ und ‚harte Sicherheitspolitik‘ veranschaulicht werden. Obwohl harte sicherheitspolitische Maßnahmen und Aussagen im zweiten Erhebungszeitraum überwiegen, was sich in der Auswertung widerspiegelt, bilden die friedenspolitischen Subkategorien den Schwerpunkt des Vergleichs. Nur die positive Einstellung gegenüber internationaler (militärischer) Zusammenarbeit ist mit einer Ausprägung von 46 % vergleichbar mit den friedenspolitischen Aspekten. Die Subkategorien ‚andere sicherheitspolitische Priorität‘, ‚Abrüstung‘ und ‚negative Einstellung gegenüber Rüstungsexporten‘ überwiegen in ihrer prozentualen Ausprägung allen anderen Aspekten harter Sicherheitspolitik gegenüber. Die genauere Betrachtung und der Vergleich der beiden Kategorien ‚Friedenspolitik‘ und ‚harte Sicherheitspolitik‘ bestätigen das im Vorhinein festgestellte Verhältnis zwischen Mittel- und Zweckpazifismus. Die mittelpazifistische Agenda ist dabei ausgeprägter.

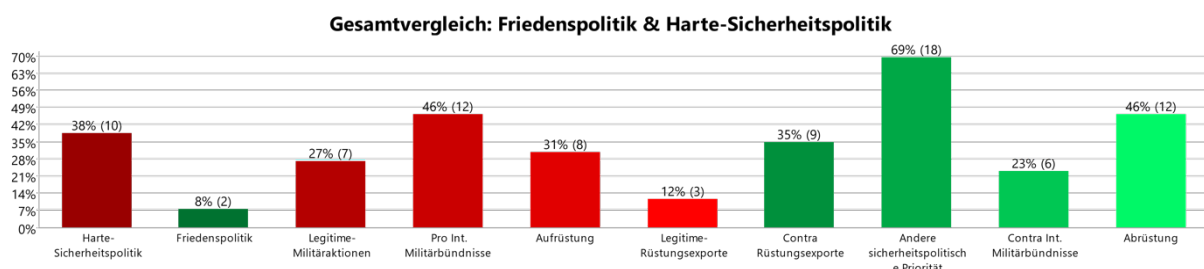


Tabelle 23.

Zu beobachten ist, dass auch im Gesamtvergleich beider Erhebungszeiträume die Einstellung gegenüber der Bundeswehr über fünfmal so häufig als positiv codiert wurden als

negative Aussagen oder Einstellungen gegenüber der Bundeswehr. Dieses Ergebnis belegt die überwiegend positive Einstellung der Grünen gegenüber der Bundeswehr. Werden die beiden Erhebungszeiträume einzeln sowie im Gesamtvergleich betrachtet, bewegt sich die Einstellung gegenüber der Bundeswehr mit zu 77–94 % positiven Codierungen eindeutig über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg im stark positiven Bereich. Demnach ist die Einstellung gegenüber der Bundeswehr durch den Einfluss des Ukraine-Krieges zwar positiver geworden, jedoch war diese auch zuvor überwiegend gut. Für die Grünen stellte sich im Gesamterhebungszeitraum dementsprechend nie die Frage nach der Daseinsberechtigung der Bundeswehr. In Bundestagsreden und Programmen, in denen zur Bundeswehr Stellung genommen wird, ist oft von Wertschätzung, Lob und Anerkennung die Rede (Lindner, 2019b). Zu bemerken ist allerdings, dass die Grünen eine charakteristische Vorstellung dessen aufweisen, wie mit der Bundeswehr als Institution umgegangen werden soll und welchen Auftrag diese erfüllt.

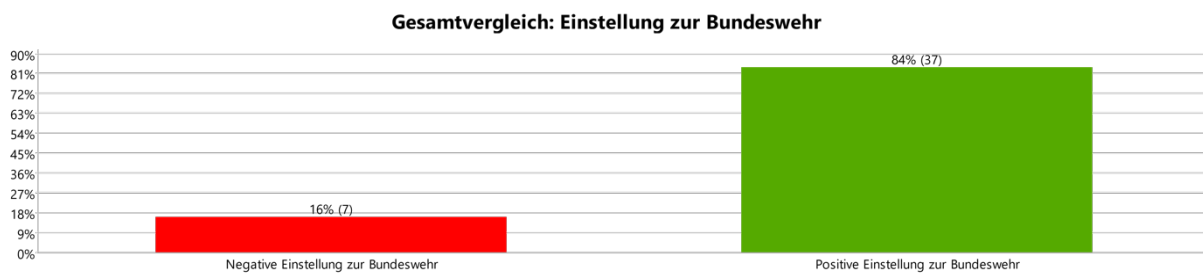


Tabelle 24.

Nachdem in diesem Kapitel die Ergebnisse der Analyse dargelegt, erläutert und kontextualisiert wurden, bedarf es nun der Integration des theoretischen Rahmens. Das Ziel der Analyse bildete es wie dargelegt, die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda der Grünen unter Einbezug ihrer politischen Kultur zu untersuchen und einen möglichen Paradigmenwechsel Grüner Sicherheits- bzw. Verteidigungspolitik zu belegen oder zu verwerfen. Die im Rahmen der Analyse festgestellten Veränderungen Grüner Sicherheitspolitik, die durch den Ausbruch des Ukraine-Krieges ausgelöst wurden, werden im nächsten Schritt mit der politischen Kultur der Grünen verglichen, um die Grüne Reaktion auf den Krieg in den Kontext der politischen Kultur der Grünen einzuordnen.

5.2 Ableitung von Schlussfolgerungen

Wie im vorherigen Unterkapitel dargelegt wurde die Analyse darauf ausgerichtet, einen möglichen Paradigmenwechsel der Grünen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mit

einem Fokus auf dem Verhältnis zur Bundeswehr zu belegen oder zu verwerfen. Die Integration des theoretischen Rahmens soll als Grundlage dafür dienen, eine Entwicklung der Grünen sicherheitspolitischen Ausrichtung zu begründen. Ein möglicher Transformationsprozess pazifistischer Ausrichtungen der Partei oder Veränderungen der friedens- bzw. sicherheitspolitischen Agenda sollen hier begründet werden. Dabei werden insbesondere die Bundeswehr als sicherheitspolitisches Instrument oder Institution und das Verhältnis sowie die Einstellung von Bündnis 90/Die Grünen gegenüber der Bundeswehr untersucht.

Zwischen den beiden Erhebungszeiträumen sind einige signifikanten Unterschiede im Hinblick auf die verteidigungs- und sicherheitspolitische Ausrichtung der Grünen zu erkennen. Diese Differenzen sind anhand der Transformationszeit zu Beginn des zweiten Erhebungszeitraumes am deutlichsten festzustellen. Die unabhängige Variable der Untersuchung, der Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022, hatte demnach definitiv Einfluss auf die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda der Grünen.

Im Folgenden wird diskutiert, inwieweit die Partei Bündnis 90/Die Grünen im Zuge dieser Geschehnisse ihrer politischen Kultur treu geblieben ist. Zunächst soll auf die aus dem theoretischen Rahmen abgeleitete Kategorie ‚Friedenspolitik‘ eingegangen werden. Werden die friedenspolitischen Ausprägungen des ersten Erhebungszeitraums mit denen des zweiten Erhebungszeitraums unter Integration des theoretischen Rahmens verglichen, wird deutlich, dass die Grünen einigen ihrer Grundsätze angesichts der außenpolitischen Situation untreu geworden sind: Ehemalige friedenspolitische Prioritäten wie die Abrüstung oder die Ablehnung von Rüstungsexporten wurden im Zuge des Ukraine-Krieges vollständig vernachlässigt (Tabelle 7.). Als Grund dafür gilt, wie den analysierten Quellen entnommen werden kann, eine außen- und sicherheitspolitische Legitimation (Trittin, 2023a). Der Ukraine-Krieg ist anders als der Kosovo-Konflikt in den 1990er-Jahren oder die Einsätze der Bundeswehr kein Bürger- oder Guerillakrieg, sondern ein Konflikt der regulären Kriegsführung auf dem europäischen Kontinent (Redaktion der Bundeswehr, 2022a). Die Wahrnehmung einer Bedrohung durch Russland blieb in dieser Form seit dem Kalten Krieg aus (Redaktion der Bundeswehr, 2022b). Durch das heute wachsende Bedrohungsgefühl und die direkte Betroffenheit Deutschlands rückten Themen wie die Wehrfähigkeit und die Unterstützung der Ukraine in den Fokus. Die Notwendigkeit einer besonderen Legitimationsgrundlage für den Einsatz militärischer Mittel rückte bereits in den 90er Jahren in den Fokus grüner Sicherheitspolitik (Otto, 2011) und stellt somit eine

parallele und wichtige Priorität in der allgemeinen grünen Sicherheitspolitik dar. Trotzdem halten die Grünen, wie an der Subkategorie ‚andere sicherheitspolitische Priorität‘ erkenntlich ist, an nicht militärischen, diplomatischen, präventiven oder deeskalierenden sicherheitspolitischen Maßnahmen fest (Tabelle 7.). Auch bei Betrachtung der Kategorie ‚harte Sicherheitspolitik‘ ist es auffällig, dass die Grünen zwar im Kontext des Ukraine-Krieges verstärkt positive Einstellungen zu den Themen ‚legitimer Einsatz der Bundeswehr‘, ‚Aufrüstung‘ sowie ‚Waffenlieferungen für die Ukraine‘ bekunden, diese Dimensionen jedoch trotzdem nicht überdurchschnittlich stark ausgeprägt sind (Tabelle 8.).

Die außenpolitischen Geschehnisse prägen auch die Grünen, weswegen bei ihnen eine verstärkte Auseinandersetzungen mit dem Thema der Sicherheitspolitik im Allgemeinen zu verzeichnen ist (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2022). Dennoch sticht im Gesamtvergleich die positive Einstellung gegenüber internationaler Zusammenarbeit hervor (Tabelle 21.). Insbesondere im zweiten Erhebungszeitraum wandelte sich die Stimmung gegenüber militärischer Zusammenarbeit bzw. Zusammenarbeiten in diesem Zusammenhang zum Positiven. Die Zustimmung gegenüber sicherheitspolitischer Zusammenarbeit auf der Basis von zivilen Maßnahmen oder humanitärerer Hilfe ist im Gesamtvergleich trotzdem ausgeprägter, was für die mittelpazifistische Ausrichtung der Grünen spricht (Gesamtvergleich: Friedenspolitik & harte Sicherheitspolitik). Die gewonnenen Ergebnisse zeigen eine weitere Parallele zu den Forschungsergebnissen von Volmer und Otto auf. Trotz kriegerischer Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverstößen auf dem europäischen Kontinent hielten die Grünen in den 90er Jahren so lange wie möglich an friedenspolitischen Maßnahmen fest. Allerdings stand auch während der Balkankrise in den 90ern ab einer gewissen Eskalationsstufe der Gewalt der Übergang zu militärischen Mitteln auf der sicherheitspolitischen Agenda der Grünen (Volmer, 1998). Bezüglich der pazifistischen Ausrichtung der Grünen wird im Analyseergebnis jedes Erhebungszeitraumes und des Gesamtvergleichs deutlich, dass der Mittelpazifismus nach wie vor die Grundhaltung von Bündnis 90/Die Grünen bestimmt (Tabelle 5./11./22). Bei Betrachtung des ‚Transitionszeitraums‘ ist jedoch zu erkennen, dass die Grüne mittelpazifistische Ausrichtung Grenzen aufweist, sobald ein Konflikt militärisch eskaliert (siehe Kapitel 3.1.3). Wie in den 1990er-Jahren gelangen mittelpazifistische Maßnahmen zur Entschärfung eines Konfliktes an die eigenen Grenzen, sobald ein militärische Konflikt ein bestimmtes Ausmaß annimmt, bei dem deeskalierende Maßnahmen nicht mehr zu einer friedlichen Lösung führen (Otto, 2011). Dieser Zustand trat in den ersten drei Monaten des Ukraine-Krieges ein, als es klar wurde, dass die Ziele der russischen Invasion weitaus

gravierender sind als zuvor möglicherweise angenommen (siehe Kapitel 3.1.3). Damit kann wie dem theoretischen Rahmen entnommen belegt werden, dass die Grünen eine Transformation oder eine Weiterentwicklung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Paradigmen zulassen. Der Übergang zum Zweckpazifismus ist jedoch nicht als absoluter Paradigmenwechsel zu verstehen: Wie bezüglich der Pazifismusdimensionen der Grünen erkannt wurde, sind die Grünen nach wie vor als mittelpazifistisch einzuordnen. Allerdings sind zweckpazifistische Maßnahmen in Anbetracht bestimmter politischer Umstände zeitweise legitimierbar, sofern keine Alternativen bestehen. Die Grünen versuchen, so lange wie möglich an mittelpazifistischen Maßnahmen festzuhalten und das zweckpazifistische Vorgehen wenn möglich durch ergänzende mittelpazifistische Details abzuschwächen (Trittin & Nanni, 2022b).

Nicht zu vernachlässigen ist bei diesem Paradigmenwechsel die Rolle der Grünen als Regierungsfraktion: Als Teil der deutschen Regierung stehen die Grünen in der politischen Mitverantwortung gegenüber der Ukraine und ihren internationalen Partnern (Baerbock, 2022d). Der außenpolitische Druck, der durch das Verhalten von NATO-Partnern und anderen EU-Mitgliedern aufgebaut wird, belegt, dass die Beweggründe für die Grüne sicherheitspolitische Transition zweckgebunden sind. Deshalb gilt es einen langfristigen Paradigmenwechsel in Frage zu stellen. Insbesondere lässt sich dies an der in beiden Erhebungszeiträumen überdurchschnittlich ausgeprägten positiven Haltung gegenüber internationalen (Militär)Bündnissen belegen (Tabelle 2, 8, 21).

Die Einstellung gegenüber der Bundeswehr als politisches Instrument der Bundesrepublik Deutschland, mit dem diese verteidigungs- und sicherheitspolitisch, aber auch außenpolitisch aktiv werden kann, ist über alle Erhebungszeiträume hinweg und im Gesamtvergleich positiv. Grüne Politiker sind am Wohlergehen und an der Förderung des Individuums in der Bundeswehr interessiert (Brugger, 2019b). Auch die Wertschätzung gegenüber der Bundeswehr als Institution und deren Mitgliedern wird in der Öffentlichkeit kundgetan (Lindner, 2019b). Jedoch ist anhand der Analyse in Bezug auf die Bundeswehr deutlich zu erkennen, dass diese für die Grünen nicht das sicherheitspolitische Mittel der Wahl bildet. Die Grünen weisen eine relative spezifische Vorstellung davon auf, welche Kompetenzen und Funktionen eine deutsche Armee innehaben sollte, wobei diese zum Großteil an der definierten politischen Kultur der Grünen orientiert sind (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2022). Deutlich wird, dass die Grünen in der Bundeswehr ein ergänzendes sicherheitspolitisches Mittel sehen, das auch für den Katastrophenschutz

oder zur humanitären Hilfe eingesetzt werden kann (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2021). Sie sprechen sich für eine gut ausgestattete, agile und funktionierende Bundeswehr aus, jedoch sollte diese eine bestimmte Größe nicht überschreiten (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2022). Summierend steht fest, dass die Grünen die Bundeswehr im Grunde genommen unterstützen, diese jedoch nicht die sicherheitspolitische Priorität für die Grünen bildet. Auch hier lassen sich Übereinstimmungen mit der von mir definierten politischen Kultur der Grünen feststellen. Die Priorisierung ziviler Maßnahmen gegenüber dem Einsatz der Bundeswehr zur humanitären Hilfe und im Katastrophenschutz bleibt nach meinen Ergebnissen weiterhin erkennbar (Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion, 2021). Ein wesentlicher Unterschied zu den 90er Jahren besteht im gesteigerten Bedrohungsgefühl in Europa und der dadurch erhöhten Bedeutung von Landes- und Bündnisverteidigung. Diese war in den 90ern weniger relevant im Vergleich zur Argumentation der unterlassenen Hilfeleistung (Volmer, 1998).

6. Fazit

Die Forschungsfrage, die es im Verlauf dieser Arbeit zu beantworten galt, lautet:

„Wie hat sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda von Bündnis 90/Die Grünen seit Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 verändert?“

Im Rahmen der vorliegend erfolgten Analyse wurde erkannt, dass die Grünen ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda definitiv dem Ukraine-Krieg angepasst haben, dabei jedoch nicht von ihrer politischen Kultur abgewichen sind. Die mittelpazifistische Grüne Grundausrichtung ist nach wie vor gegeben. Genau wie das erste Mal, als sich die Grünen mit einem Konflikt in Europa auseinandersetzen mussten, ist auch heute festzustellen, dass die Grünen eine Transformation ihrer sicherheits- und verteidigungspolitischen Agenda zulassen, die politische Grundausrichtung von dieser jedoch unbeeinflusst bleibt. So haben die Grünen seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges eine Reihe von Veränderungen ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik gezeigt. Erkannt wurde, dass die Grünen im Kontext des Ukraine-Krieges einige ihrer pazifistischen Grundsätze vernachlässigt haben. Friedenspolitische Prioritäten wie die Abrüstung oder die Ablehnung von Rüstungsexporten sind in dieser Zeit einem wachsenden Bedrohungsgefühl und einer außen- bzw. sicherheitspolitischen Legitimationsgrundlage gewichen. Dennoch halten die

Grünen an nicht militärischen, diplomatischen und präventiven sicherheitspolitischen Maßnahmen fest. Im Hinblick auf die ‚harte Sicherheitspolitik‘ ist zu erkennen, dass die Grünen zwar eine verstärkte Zustimmung zu Themen wie dem legitimen Einsatz der Bundeswehr oder der Aufrüstung gezeigt haben, diese Unterstützung jedoch nicht überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist. Die positive Einstellung zur internationalen Zusammenarbeit, insbesondere auf Basis ziviler Maßnahmen oder humanitärer Hilfe, bleibt somit stärker. Dies deutet darauf hin, dass die Grünen eine mittelpazifistische Ausrichtung beibehalten. Zum Verhältnis zur Bundeswehr ergab die Analyse, dass die Grünen einerseits das Wohlergehen und die Förderung der Mitglieder der Bundeswehr unterstützen, andererseits jedoch die Bundeswehr nicht als primäres sicherheitspolitisches Mittel einordnen. Die Grünen weisen spezifische Vorstellungen von Kompetenzen und Funktionen einer deutschen Armee auf, die sich mit ihrer politischen Kultur und dem Fokus auf ergänzenden sicherheitspolitischen Maßnahmen wie dem Katastrophenschutz sowie der humanitären Hilfe decken.

Insgesamt wurde festgestellt, dass die Grünen im Zuge des Ukraine-Krieges eine Transformation bzw. eine Weiterentwicklung ihrer sicherheitspolitischen Paradigmen zugelassen haben. Der Übergang zum Zweckpazifismus sollte jedoch nicht als absoluter Paradigmenwechsel verstanden werden, sondern vielmehr als zeitweise Legitimierung zweckpazifistischer Maßnahmen unter bestimmten politischen Umständen. Die Grünen versuchen, so lange wie möglich an ihren mittelpazifistischen Maßnahmen festzuhalten und zweckpazifistische Vorgehensweisen durch ergänzende Elemente des Mittelpazifismus abzuschwächen. Im Gesamtvergleich wurde ein Paradigmenwechsel der Grünen von einem starken Fokus auf pazifistischen Maßnahmen hin zu einer pragmatischeren Betrachtung der Sicherheitspolitik nachgewiesen. Der Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hat generell an Bedeutung für die Grünen gewonnen. Dieser Anstieg ist maßgeblich auf den gesteigerten Stellenwert sicherheitspolitischer Maßnahmen infolge des Ukraine-Kriegs 2022 sowie auf die Rolle der Grünen in der Regierung zurückzuführen. Insbesondere der Blick auf europäische Partner- und Nachbarstaaten hat die Grünen dazu veranlasst, ihre sicherheits- und verteidigungspolitischen Prioritäten anzupassen. Meine Forschungsfrage kann nur teilweise beantwortet werden, indem festgestellt wird, dass die Grünen ihre Agenda in diesem Bereich tatsächlich geändert haben. Diese Veränderungen sind nämlich an die politische Grundhaltung und Werte der Grünen angelehnt, die durch den Ukraine-Krieg 2022 nicht grundlegend verändert wurden. Es gab dennoch Anpassungen in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausrichtung der Grünen, die

jedoch eher kurzfristiger Natur sind und als Reaktion auf die außenpolitischen Entwicklungen betrachtet werden können.

Diese Erkenntnisse verdeutlichen den Wandel in der sicherheitspolitischen Agenda der Grünen und bieten eine fundierte Grundlage, um den Paradigmenwechsel von einem starken Fokus auf dem Pazifismus hin zu einer pragmatischeren Sicherheitspolitik zu belegen. Offen bleibt es, ob der Paradigmenwechsel der Grünen ein langfristiger oder nur ein an die außenpolitischen Umstände angepasster Wandel ist. Ausgehend von dieser Erkenntnis können die Schwächen dieser Studie beleuchtet werden, aus denen sich wiederum Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen ergeben.

Die Repräsentativität der Quellen in dieser Studie ist eingeschränkt, bedingt durch die begrenzte Anzahl verwendeter Quellen und Dokumente. Dies könnte die Übertragbarkeit meiner Ergebnisse auf die gesamte sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda der Grünen beeinträchtigt haben. Bei der Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ergeben sich spezifische methodische Herausforderungen. Identifikation und zuverlässige Codierung bestimmter Aspekte der sicherheits- und verteidigungspolitischen Agenda könnten schwer sein. Subjektive Interpretation und die Auswahl von Kategorien könnten die Ergebnisse beeinflusst haben. Diese Einsichten könnten beispielsweise für die Analyse der Rolle von Schlüsselakteuren innerhalb der Grünen genutzt werden. Eine aufbauende Studie könnte sich auf die sicherheitspolitischen Akteure innerhalb der Partei konzentrieren. Interviews mit führenden Parteimitgliedern, Abgeordneten oder Experten könnten durchgeführt werden, um ihre Perspektiven und Beiträge zu untersuchen. Ein Vergleich der Reaktion auf den Ukraine-Krieg zwischen verschiedenen Parteien, insbesondere in Bezug auf die sicherheitspolitische Agenda, könnte als Grundlage für eine weitere Studie dienen. Ebenso könnte eine Untersuchung der öffentlichen Wahrnehmung der Grünen und ihrer sicherheitspolitischen Agenda nach dem Ukraine-Krieg ein vielversprechendes Forschungsthema sein. Diese anknüpfenden Studien könnten dazu beitragen, die Erkenntnisse meiner aktuellen Forschungsarbeit zu erweitern und die Komplexität der Veränderungen in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Agenda der Grünen besser zu verstehen.

Literaturverzeichnis

- DeVaus, D. (2001). *Research Design in Social Research* (1. Aufl., Bd. 1). Sage.
- Diekmann, A. (2013). *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Rowohlt.
- Feldenkirchen, M. (2022). Die Olivgrünen - Frieden schaffen mit mehr Waffen: Die Mobilisierung der Ökopartei. *Der Spiegel*, 18(1), 12–19.
- Klärner, A. & Osigus, T. (2021). Ergebnisse der Bundestagswahl 2021: ländliche Räume im Fokus. *Thünen Working Paper*, 181, 11–13.
<https://doi.org/10.3220/wp1634627943000>
- Mayring, P. (2010). *Qualitative Inhaltsanalyse : Grundlagen und Techniken* (11., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Bd. 1). Beltz.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (12., überarbeitete Auflage, Bd. 1). Beltz.
- Otto, C. (2011). *Die Grünen und der Pazifismus*. Tectum Wissenschaftsverlag.
- Redaktion der Bundeswehr. (2022a). *Nachgefragt : Generalleutnant Laubenthal erklärt Entwicklungen im Ukraine-Krieg* [Video]. bundeswehr.de. Abgerufen am 15. Juni 2023, von <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/generalleutnant-laubenthal-zum-ukraine-krieg-5381832>
- Redaktion der Bundeswehr. (2022b). *Nachgefragt: Verteidigungsbereit von Estland bis nach Ungarn* [Video]. bundeswehr.de. Abgerufen am 14. Juni 2023, von <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/verteidigungsbereit-von-estland-bis-nach-ungarn-5472716>

Schmuck-Soldan, S. & Philosophische Fakultät III der Humboldt-Universität Berlin [Prof. Dr. Hartmut Böhme], Hrsg. (2003). *Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen - Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie 1990-2000* [Doktorarbeit]. Humboldt-Universität Berlin.

Tucker, P. (2022). *US Weighs Escalation Risk As Ukraine Asks for Longer-range Missiles : Will ATACMS become the latest weapon that Washington has initially withheld, but ultimately given?* defenseone.com. Abgerufen am 12. Juni 2023, von <https://www.defenseone.com/policy/2022/09/white-house-military-weigh-escalation-risk-ukraine-asks-longer-range-missiles/377286/>

Volmer, L. (1998). *Die Grünen und die Aussenpolitik, ein schwieriges Verhältnis: eine Ideen-, Programm- und Ereignisgeschichte grüner Aussenpolitik*. Westfälisches Dampfboot.

Wienges, H. (2009). *Grüne Werte - grüne Generationen: eine Analyse langfristiger Wählerpotentiale von Bündnis 90/Die Grünen*. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Anhang I: Online-Quellen, mit denen die verteidigungs- und sicherheitspolitische Agenda der Grünen analysiert worden ist

Baerbock, A. (2022a). *Aktuelle Stunde „Lage in der Ukraine“*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 4. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/aktuelle-stunde-lage-in-der-ukraine-1>

Baerbock, A. (2022b). *Sondervermögen Bundeswehr*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 4. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/sondervermoegen-bundeswehr>

- Baerbock, A. (2022c). *Sondervermögen der Bundeswehr – Änderung des Grundgesetzes*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 4. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/sondervermoegen-der-bundeswehr-aenderung-des-grundgesetzes>
- Baerbock, A. (2022d). *Ukraine*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 5. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/ukraine-27022022-27-02-2022>
- Baerbock, A. (2022e). *Ukraine*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 4. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/ukraine-2>
- Brugger, A. (2019a). *Aktuelle Stunde: Lockerung des Rüstungsexportstopps*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 5. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/agnieszka-brugger-aktuelle-stunde-lockerung-des-ruestungsexportstopps>
- Brugger, A. (2019b). *Bundeswehr*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 4. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/bundeswehr>
- Brugger, A. (2020). *Fortsetzung MINUSMA-Einsatz Mali*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 6. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/fortsetzung-minusma-einsatz-mali-1>
- Brugger, A. (2021). *Agnieszka Brugger zur Veröffentlichung des Alternativen Rüstungsexportberichts der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung* [Pressemeldung]. <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressestatements/agnieszka-brugger-zur-veroeffentlichung-des-alternativen-ruestungsexportberichts-der-gemeinsamen-konferenz-kirche-und-entwicklung>
- Bündnis 90/Die Grünen - Bundestagsfraktion. (2020). *ABRÜSTEN! - Waffen unter Kontrolle bringen* [Broschüre]. https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/publikationen/broschueren_und_flyer/f18-93abruestung.pdf

Bündnis 90/Die Grünen - Bundestagsfraktion. (2021). *Gewalt verhindern – Frieden fördern* [Broschüre]. https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruene-bundestag_de/publikationen/broschueren_und_flyer/f-19-70-krisenpraevention.pdf

Bündnis 90/Die Grünen - Bundestagsfraktion. (2022). Grün regiert : Volle Energie für Klimaschutz und Erneuerbare. *Profil:GRÜN*, 1–24. https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/publikationen/zeitschrift/profil-gruen-regiert-juli22.pdf

Keul, K. (2019). *Bewaffnete Drohnen*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 6. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/bewaffnete-drohnen-1>

Keul, K. (2020). *Autonome Waffensysteme*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 6. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/autonome-waffensysteme>

Keul, K. (2021). *Waffenexporte*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 5. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/waffenexporte>

Lindner, T. (2019a). *Bundeswehr*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 6. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/dr-tobias-lindner-bundeswehr>

Lindner, T. (2019b). *Einsatzmedaillen der Bundeswehr*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 4. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/dr-tobias-lindner-einsatzmedaillen-der-bundeswehr>

Mihalic, I. & Eckert, L. (2022). *Zivilschutz als wichtiger Bestandteil einer umfassenden Sicherheitspolitik* [Pressemeldung]. <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/zivilschutz-als-wichtiger-bestandteil-einer-umfassenden-sicherheitspolitik>

- Trittin, J. (2018). *Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 4. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/zwei-prozent-ruestungsziel-der-nato>
- Trittin, J. (2020). *Einsatz der Bundeswehr in östlichen NATO-Staaten*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 5. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/einsatz-der-bundeswehr-in-oestlichen-nato-staaten>
- Trittin, J. (2023a). *Aktuelle Stunde „Waffenlieferung“*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 4. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/aktuelle-stunde-waffenlieferung>
- Trittin, J. (2023b). *Nationale Sicherheitsstrategie*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 5. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/nationale-sicherheitsstrategie>
- Trittin, J. & Nanni, S. (2022a). *Endlich grünes Licht für den Strategischen Kompass* [Pressemeldung]. <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/endlich-gruenes-licht-fuer-den-strategischen-kompass>
- Trittin, J. & Nanni, S. (2022b). *Nationale Sicherheit neu definieren* [Pressemeldung]. <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/nationale-sicherheit-neu-definieren>
- Von Holtz, O. (2019). *Frieden und Abrüstung*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 6. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/frieden-und-abruestung>
- Wagener, R. (2022). *Ukraine*. gruene-bundestag.de. Abgerufen am 6. Juni 2023, von <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/ukraine-3>

Abkürzungsverzeichnis:

MdB: Mitglied des deutschen Bundestags

EU: Europäische Union

NATO: North Atlantic treaty organization

UN: United Nations

OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Erklärung zur Prüfungsleistung

Name, Vorname: Jost, Laurence

Matrikelnummer: 7384293

Studiengang: HF: Soziologie, NF: Politikwissenschaft

Die am FB03 gültige Definition von Plagiaten ist mir vertraut und verständlich:

„Eine am FB03 eingereichte Arbeit wird als Plagiat identifiziert, wenn in ihr nachweislich fremdes geistiges Eigentum ohne Kennzeichnung verwendet wird und dadurch dessen Urheberschaft suggeriert oder behauptet wird. Das geistige Eigentum kann ganze Texte, Textteile, Formulierungen, Ideen, Argumente, Abbildungen, Tabellen oder Daten umfassen und muss als geistiges Eigentum der Urheberin/des Urhebers gekennzeichnet sein. Diese Kennzeichnungspflicht gilt auch für alle Internet-Quellen sowie für Inhalte, die aus eigenen Qualifikationsarbeiten übernommen wurden, unabhängig davon, ob diese als bestanden bewertet wurden oder nicht. Sofern eingereichte Arbeiten die Kennzeichnung vorsätzlich unterlassen, provozieren sie einen Irrtum bei denjenigen, welche die Arbeit bewerten und erfüllen somit den Tatbestand der Täuschung.“

Ich versichere hiermit, dass ich die eingereichte Arbeit mit dem Titel

„Wie olivgrün sind die Grünen wirklich? – Wie sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda von Bündnis 90/Die Grünen seit Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 verändert hat“

nach den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen oder aus anderen fremden Mitteilungen (inkl. Internet-Quellen und KI-Software) entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Die vorliegende Arbeit ist von mir selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst worden. Ebenfalls versichere ich, dass diese Arbeit (auch nicht Teile davon) noch in keinem anderen Modul oder Studiengang als Prüfungsleistung vorgelegt wurde.

Mir ist bekannt, dass Plagiate auf Grundlage der Studien- und Prüfungsordnung im Prüfungsamt dokumentiert und vom Prüfungsausschuss sanktioniert werden. Diese Sanktionen können neben dem Nichtbestehen der Prüfungsleistung weitreichende Folgen bis hin zum Ausschluss von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen für mich haben.

Frankfurt am Main, 21.08.2023,

Ort, Datum, Unterschrift



Diese Erklärung ist der Prüfungsleistung als Anhang beizufügen.

Prüfungsleistungen ohne diese Erklärung werden nicht zur Bewertung angenommen.